Kuhhändel und Verschwörungen

Objekttyp: **Chapter**

Zeitschrift: **Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich**

Band (Jahr): **66 (1999)**

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

5. Kuhhändel und Verschwörungen

Die zunehmende Verbissenheit des Streits führte in der Presse zu immer neuen Ausgeburten von teils haarsträubenden Verschwörungstheorien und Diffamierungen. Diese basierten wohl zum Teil auf Tatsachen, oft waren sie aber auch schlicht unwahr. Den Auftakt zu dieser aussergewöhnlichen Schlammschlachtserie bildete der sogenannte «Python-Handel», der wohl prominenteste mutmassliche Kuhhandel im Vorfeld der Sitzvergabe. Aber auch rund um die sogenannten Ultramontanen, die katholisch-konservativen Kräfte im Land, die nach Luzerns Ausscheiden für Zürich das Zünglein an der Waage spielten, wurde eifrig spekuliert und gehetzt. Zu den eher amüsanteren Auswüchsen gehörten Anschuldigungen im Zusammenhang mit dem Ankauf der Zentralbahn-Aktien durch den Bund. Ferner die leicht abstruse Idee, die vor kurzem eröffnete Simplonlinie, auf die man in gewissen Teilen der Schweiz sehr eifersüchtig war, schweisse die Kantone an der neuen Strecke so sehr an Bern, dass sie sich blindlings auf dessen Seite schlagen würden. Gewissermassen zur Standardhetze wurde das Argument, die jeweils gegnerische Stadt bewerbe sich aus rein fremdenverkehrstechnischen, also wirtschaftlichen und damit niederen Beweggründen um das Landesmuseum, während man sich selbst aus reiner patriotischer Pflichterfüllung für das Museum einsetze.

5.1. Der Python-Handel

Als sich der Nationalrat im Dezember 1890 bei der ersten Behandlung der Sitzfrage durch die Räte allen Erwartungen zum Trotz gegen Zürich und für Bern entschied, war es für Zürich klar, dass es sich hier nur um eine Verschwörung handeln könne. Sofort machte man sich auf die Suche nach den Verantwortlichen für das Fiasko. Und man wurde bei den Freiburgern fündig. Man war absolut sicher gewesen, dass die katholisch-konservativen Freiburger Abgeordneten zuerst für Luzern, danach aber mit Bestimmtheit für Zürich stimmen würden, niemals aber für das politisch radikale Bern, den Erzfeind des Freiburgerlands. Dieses Verhalten hatte sich im Ständerat denn auch bestätigt. Der Verdacht auf eine Absprache mit Bern erschien deshalb naheliegend. Und nach einigen weiteren Recherchen fand man des Rätsels Lösung in der Figur des schillernden Freiburger Staatsmanns und Nationalrats Georges Python[1].

Python hatte bei den Wahlen vom 26. Oktober 1890 seinen Gegenkandidaten mit einem hauchdünnen Mehr von nur gerade 400 Stimmen geschlagen. Gerüchte über Ungereimtheiten im Wahlkampf machten die Runde. Es hiess, zur Werbung von Stimmen seien wüste Saufgelage veranstaltet worden. Deshalb kam es zu einem Wahlrekursverfahren und damit zur Vertrauensabstimmung gegen Python.

> «An den Nationalrat ist vom radikalen Komite der Stadt Freiburg namens sämtlicher Unterkomites des 21. eidg. Wahlkreises (Seebezirk) eine Rekursschrift gegen die Wahlen vom 26. Oktober gerichtet worden, in welcher die ganze politische Misere, in der die Liberalen des Kantons Freiburg leben müssen, und namentlich die von der herrschenden Partei betriebenen unerhörten Wahlumtriebe einmal deutlich dargestellt sind.»[2]

Der Zufall wollte es, dass die Vertrauensabstimmung im Nationalrat just auf den 18. Dezember 1890 fiel, den Tag der ersten Sitzabstimmung bezüglich des Landesmuseums. Python überstand die Abstimmung mit 69 gegen 64 Stimmen, ironischerweise dank den Berner Radikalen, die ihn damit retteten. Nun wurde gemunkelt, mit Python sei eine Absprache getroffen worden: Python sollte sich bei seinen Leuten in der Sitzfrage für Bern einsetzen und als Gegenleistung würden die Berner Abgeordneten für seinen Verbleib im Nationalrat votieren[3]. Tatsächlich erreichte Bern im vierten Wahlgang der Sitzabstimmung satte 72 Stimmen, während auf Zürich nur gerade deren 61 entfielen. Nationalrat Theodor Curti[4], Mitbegründer der «Züricher Post», meldete am 21. Dezember:

> «Die zwei liberalen Vertreter der Stadt Luzern, sowie die Freiburger und Walliser – so glaubt man – haben den Ausschlag für Bern gegeben. Von den Katholiken der Innerschweiz heisst es, dass sie alle oder mit wenigen Ausnahmen für Zürich stimmten.»[5]

Bei den erwähnten Luzernern dürfte es sich aber um schwarze Schafe gehandelt haben, die das Ausscheiden ihrer Stadt schlecht verkrafteten. Man durfte auf jeden Fall damit rechnen, dass die katholischen Kräfte, zumindest der Innerschweiz, nach dem Ausscheiden Luzerns für Zürich eintreten würden. Heinrich Angst selbst hatte allen Grund zu dieser Annahme. Bereits am 9. Dezember hatte ihm sein Freund, der Urner Ständerat Gustav Muheim erklärt, dass Zürich mit der Unterstützung der Konservativen rechnen könne.

> «Es ist sicher, dass die Konservativen mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit für Zürich votieren werden, sobald Luzern aufgegeben ist. Auch werden wir diese Position nicht hartnäckig verteidigen. Die Eingabe von

> Zürich [der «Prachtband» liegt seit einer Woche vor] ist so verlockend, und diese Stadt ist sonst so geeignet für das Landesmuseum, dass nur Lokalpatriotismus unser Waagezünglein nach Luzern lenkt.»[6]

Um so sicherer war man sich nun, dass es bei der Abstimmung im Nationalrat nicht mit rechten Dingen zu und her gegangen war. Am 23. Dezember deckte die «Neue Zürcher Zeitung» den sogenannten Python-Handel auf. Dazu druckte sie den Brief eines «Freundes unseres Blattes» ab:

> «Infolge der von den Bernern geschickt inszenirten Verlegung der Python-Debatte auf den Nachmittag des gleichen Tages, an welchem Vormittags die Abstimmung über das Landesmuseum stattfinden sollte, bot sich dem stolzen Bern eine famose Gelegenheit, mit den Freiburgern ein Geschäftchen abzuschliessen. Dass Python von den 26 radikalen Bernern ohne Gnade über Bord geworfen würde, falls Zürich im Nationalrath das Mehr erhielte, darüber waren die Freiburger und ihre Bundesgenossen natürlich keinen Augenblick im Unklaren. Sie stimmten also im letzten Wahlgang für Bern. (...) Die Berner hätten unter diesen Umständen nicht mehr abspringen können und erhoben sich richtig *en masse* zur Bestätigung der Wahl Pythons.»[7]

Der Bündner Peter Bühler[8], Berichterstatter der Minderheit der Wahlrekurskommission, der für die Validierung der Wahl Pythons plädierte, war sichtlich betroffen, als er die Berner «diese rührende Schwenkung nach Rechts ausführen sieht»[9]. Auch dem Sprecher der Mehrheit der nationalrätlichen Wahlrekurskommission, dem Berner Rudolf Brunner[10], blieb das letzte Wort offenbar im Hals stecken. Ein intimer Freund Pythons soll, gemäss dem Berichterstatter der NZZ, verraten haben: «Wir haben Zürich geopfert, um Python zu retten![11]» Immerhin tröstete sich die «Neue Zürcher Zeitung» damit, dass sich die Freiburger bei der anschliessenden Abstimmung über die Verschiebung der Angelegenheit der Stimme enthielten, sich also fortan, nach getaner Schuldigkeit, wieder neutral oder sogar antibernisch gebärden würden.

Auch in der Berner Presse fiel der Python-Handel auf fruchtbaren Boden. Einem Artikel im konservativen «Berner Tagblatt» haftete zwar ein gewisser ironischer Unterton an, aber man gab doch deutlich zu erkennen, dass man das Vorgehen nicht für die feine Art hielt. Der Redaktor gab zu bedenken, dass «es im parlamentarischen Leben Augenblicke gibt, wo auch der gewiegteste Idealpolitiker nicht umhin kann, dem Moloch des Opportunismus ein Prinzipchen oder dess etwas in den Rachen zu werfen[12]».

«Allgemein überrascht hat es z.B., dass die Wahl Pythons, erst noch so bedroht, im Nationalrat ohne jeglichen ernstlichen Anstand validirt wurde, und handkehrum waren die Zürcher und Ostschweizer verblüfft, dass in der Landesmuseumsfrage das Zünglein an der Waage sich unerwartet auf Seite Berns neigte. Leut mit einem feinen Gesichts- und Gehörsinn wollen einen gewissen Zusammenhang zwischen beiden Erscheinungen entdeckt haben. (...) Für Bern als Museumssitz stimmten ausser den Waadtländern die Luzerner, Walliser und Freiburger, und hinwiederum erhob sich das Gros der Berner, seinen Radikalismus für einen Moment heroisch in die Schanze schlagend, für die Validierung der Wahl Pythons.»

Gar nicht erfreut über den Handel der Berner Nationalräte war die konservative «Berner Volkszeitung», allerdings aus anderen Gründen. Vor allem stiess der Zeitung sauer auf, dass dabei der einzige Berner Konservative, Joseph Choquard[13] übergangen wurde:

«Da ist schon das erbauliche Faktum zu erwähnen, dass die Berner Nationalräthe eine Besprechung darüber pflogen und dazu der einzige Konservative, Hr. Choquard, nicht eingeladen wurde. Anständig, nicht wahr? Aber es kommt noch besser. Sie haben mit den Ultramontanen gestimmt! Hinaus mit ihnen aus dem Nationalrath! Wer? Die HH. v. Steiger, Schär, Elsässer? Nein, die sind ja nicht mehr darin. Aber die radikalen Berner und Waadtländer Nationalräthe. Sie und die Freiburger Ultramontanen haben miteinander für Bern als Museumssitz und für die Validirung Pythons gestimmt! Soll, sagt man, ein Märit gewesen sein.»[14]

Sogar die «Basler Nachrichten», die sonst ja gar nicht auf Zürichs Seite standen, sprachen Klartext zum Python-Handel. Der Leitartikel vom 23. Dezember 1890 «Zur Abstimmung über das Landesmuseum» kritisierte zwar in erster Linie das Wahlverfahren, das, da geheim und nicht in der vereinigten Bundesversammlung durchgeführt, zur Benachteiligung Basels geführt habe.

«Wie alle Welt wusste, hätte Bern im Nationalrathe ohne Mithülfe der Ultramontanen die Mehrheit der Stimmen in der Landesmuseumsfrage nie erhalten; denn die gesamte Ost- und Nordschweiz, Schaffhausen inbegriffen, waren für Zürich; ebenso hatten die Ultramontanen sich dahin geeinigt, in erster Linie für Luzern, in zweiter Linie für Zürich zu stimmen. Und diejenigen Vertreter, welche für Basel votirt hatten, theilten später ihre Stimmen zwischen Bern und Zürich. Wollte Bern trotzdem als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen, so musste es auf irgend eine Art Succurs zu erhalten suchen. Da bot sich eine passende Gelegenheit in der Wahlfrage betr. die Zulassung Pythons in den Nationalrath.»[15]

Das «Journal de Genève» zum Python-Handel:
Die Berner sind geschickte Diplomaten[16]

Während irgend einer langweiligen Diskussion setzt sich ein einflussreicher Berner Nationalrath neben seinen Kollegen aus einem andern Kanton. Man spricht zunächst vom Regen und vom schönen Wetter. Von da kommt die Unterhaltung bis zur Alpenstrasse von Z., für welche der Nichtberner gerne eine eidg. Maximalsubvention von 50 pCt. ergattert hätte. Unglücklicherweise ist dafür nicht viel Aussicht, der Kanton Z. besitzt halt zu wenig Einfluss. «Doch wäre diese Subvention nur gerechtfertigt», meint der Berner, und er senkt eine erste Sonde ein: «Vielleicht könnten wir Ihnen helfen.» Plötzlich lenkt er das Gespräch unmerklich auf die Thatsache, dass das Landesmuseum nach Zürich kommen soll, und macht einen zweiten, direkteren Anlauf: «Ich glaube, meine Freunde bestimmen zu können, zu Ihren Gunsten zu votieren; Sie wissen, das würde 27 Stimmen ausmachen.» Man redet hierauf von dem Redner, welcher eben das Wort hat. Endlich, nachlässig hingegossen, wirft der Berner ein: «Wissen Sie, Sie sollten eben doch für uns eintreten in der Museumsfrage.» (...) Der Andere begreift.

Auch Heinrich Angst meldete sich Ende Jahr noch einmal mit einem Leitartikel in der «Neuen Zürcher Zeitung», worin er die Ereignisse in der Dezembersession zusammenfasste und ähnlich wie die «Basler Nachrichten» das Wahlverfahren kritisierte. Dazu bemühte Angst auch die abwesenden Nationalräte, welche sich seiner Meinung nach bestimmt für Zürich ausgesprochen hätten. Eine Annahme, die sich bei der nächsten Behandlung des Geschäfts als unrichtig herausstellen sollte.

> «Wäre in der vereinigten Bundesversammlung abgestimmt worden, so hätte Zürich mit zehn Stimmen über Bern gesiegt. (...) Von den 147 Mitgliedern, welche der Nationalrath zählt, waren nur 133 anwesend. Acht fehlten, wovon die meisten unstreitig sich für Zürich erklärt haben würden. (...) Die Krone dieser Anstrengungen bildete zu guter Letzt der Pakt mit den Freiburgern über die Bestätigung der ebenfalls vorsätzlich auf den letzten Augenblick vertagten Wahl des Herrn Python.»[17]

5.2. Die Katholiken als Zünglein an der Waage

Der 11. Dezember 1890 war ein für Zürich günstiges Datum[18]. An diesem Tag wurde der Basler Emil Frey[19] in den Bundesrat gewählt, dies mag den National- und Ständeräten die Entscheidung erleichtert haben, in der Sitzfrage gegen das nach eidgenössischer Gerechtigkeit dürstende Basel zu stimmen. Mit der Wahl

Freys wurden allerdings die katholischen Kräfte im Land arg brüskiert, weil ihr Kandidat, der Luzerner Bundesrichter Alois Kopp[20], scheiterte. Den Katholiken blieb damit weiterhin der Einzug ins höchste Bundesgremium verwehrt. Die ultramontanen Parteien machten dafür vor allem das radikale Bern verantwortlich, dessen 27 Vertreter, mit einer Ausnahme, Kopp die Unterstützung verweigerten[21]. Kein anderer Kanton sprach sich derart deutlich gegen den katholischen Kandidaten aus. Die Konstellation in den Räten war also vor der ersten Sitzdebatte am 16. Dezember für Zürich äusserst vorteilhaft. Es durfte damit gerechnet werden, dass weite Teile der Ultramontanen zuerst für ihren Favoriten Luzern, nach dessen Ausscheiden aber sicher für das politisch liberale Zürich stimmen würden.

Als der freisinnige Oltener Bundesrat Bernhard Hammer[22] per Ende 1890, nach fünfzehnjähriger Amtszeit, seinen Rücktritt bekanntgab, meldeten die katholischen Kräfte im Land ihren Anspruch auf einen Sitz im Bundesrat an. Dieser hätte ihnen, gemessen an der Grösse der katholischen Bevölkerung, längst zugestanden[23].

> «Wird die radikale Majorität es über sich bringen, einem Abgeordneten der konservativ-katholischen Fraktion einen Sitz in der Bundesexekutive einzuräumen? Bei vielen Anlässen, notabene nicht nur bei gemeinsamer Tafel und an Schützenfesten, wo auch der radikale Eidgenosse in Loyalität überfliesst, sondern auch in Momenten ernster Ueberlegung, wurde das der Minorität seit 1848 vorbehaltene Recht des Eintrittes in den Bundesrath in Aussicht gestellt.»[24]

In einem politischen Kompromiss mit den Liberalen verzichteten die Konservativen auf ihren Wunschkandidaten Joseph Keel[25] aus St. Gallen und portierten den politisch kompatibleren Bundesrichter Alois Kopp. Doch «auch dieses Entgegenkommen war vergebens. Der radikale Leist kannte keine Rücksichten[26]». Als Gegenkandidaten stellten die Radikalen den Basler Nationalrat und Oberst Emil Frey auf. Der ehemalige Gesandte der Schweiz in Nordamerika machte das Rennen. Bei einem absoluten Mehr von 92 Stimmen erhielt er 94 Stimmen. Kopp musste sich mit immerhin 77 Stimmen geschlagen geben[27]. Für einige Verwirrung sorgte die Aussage Freys, er habe seinen Zettel zerrissen. Demnach hätten nur 180 Zettel gezählt werden sollen[28]. Die übergangenen Katholiken klagten im Winterthurer «Landboten» über die «Zweiklassengesellschaft», bei der die «brutalen Radikalen» die «besonnenen Elemente der Mitte und der konservativen Richtung» völlig kontrolliert hätten[29]. Die konservative «Schwyzer Zeitung» war ausser sich:

«Die heutigen Wahlen der vereinigten Bundesversammlung haben bewiesen, dass die seit 1848 gepflogene Ausschliesslichkeit gegenüber der kathol.-konservativen Partei radikales Partei-Gebot bleibt. Die Radikalen haben es nicht über sich gebracht, gegenüber den katholischen Eidgenossen einen Akt der Gerechtigkeit zu üben, sie sollen auch fürderhin als die Parias im schweizerischen Vaterlande behandelt zu werden.»[30]

Die katholische Verstimmung gegenüber den radikalen Kreisen war von so grundsätzlicher Natur, dass das liberale Zürich beinahe als Verbündeter dastand, was in der Abstimmung über das Landesmuseum für Zürich nur positive Auswirkungen zu haben versprach. Folgende bernfeindliche Aussage mag den Zürcher Förderern des Landesmuseums geradezu Freudentränen in die Augen getrieben haben.

«Wir befinden uns in einem stillen Bürgerkriege, gegenüber radikaler Vergewaltigung im Stande der Nothwehr, und danach hat sich fortan unser Verhalten zu richten.»[31]

Dazu kam die Drohung der Ultramontanen, die Bundesfeierlichkeiten zu boykottieren. Klar, dass die «Neue Zürcher Zeitung» es nicht versäumte, sich nachträglich für ein konservatives Mitglied in der Bundesregierung auszusprechen. Ihr Engagement fiel in den Augen der erzürnten Rechten aber viel zu schwach aus und geriet ebenfalls in den falschen Hals:

«Die liberale ‹Neue Zürcher Ztg.› hätte ‹grundsätzlich› gewünscht, dass endlich die gerechte Forderung der Rechten erfüllt werde, und sie fürchtet, dass die radikale Ausschliesslichkeit sich bitter rächen werde. Sie fügt in ihrer bewährten ‹Grundsätzlichkeit› aber auch gleich bei: wenn nun aber doch einmal ein Radikaler habe gewählt werden müssen, so habe die Bundesversammlung keine bessere Wahl treffen können. So sind sie, diese Liberalen, und von ihnen brauchen wir kein Mitleiden wegen der radikalbrüderlichen Ungerechtigkeit!»[32]

Überhaupt versteifte sich das «Vaterland» und mit ihm die «Schwyzer Zeitung» auf das Hirngespinst, dass die Schweiz von Freimaurern und geheimen Orden regiert werde. Diese Gerüchte wurden genährt durch die Tatsache, dass Oberst Frey einem Freimaurerorden angehörte. Dasselbe sagte man auch von weiteren Mitgliedern des Bundesrats. Diese Geschichte war von einem nicht näher genannt sein wollenden «ergrauten Bündner Politiker» in die Welt gesetzt worden[33].

> «Man las in radikalen Blättern die Bemerkung, dass der Bundesrath in Zukunft nothwendig homogen (gleichartig), was er dermalen nicht ist, bestellt werden müsse. Es frägt sich nun, worin diese Homogenität bestehen soll: in der politischen Anschauung und Bethätigung seiner Mitglieder oder in der ‹Bruderschaft› des Zeichens ...»[34]

Als man in Bern merkte, wie sehr man die Katholiken allerorts verärgert hatte, übte man sich in Schadensbegrenzung. Unter diesem Blickwinkel muss wohl zumindest der Abdruck des Artikels eines Rorschacher Pfarrers im «Berner Tagblatt» betrachtet werden. Unter dem Titel «Gerechtigkeit im Bunde» beklagte sich der Gottesmann über den Affront gegenüber den katholischen Kantonen im Jahr der 600-Jahrfeier.

> «Die ganze innere Schweiz, welche die Wiege der Eidgenossenschaft ist, woran uns die grosse Bundesfeier dieses Jahre erinnern soll, wird zur obersten Leitung und Verwaltung der Landesangelegenheiten nicht zugelassen. (...) Das Landesmuseum wehrt sich gegen sein eigenes Dasein, bis man ihm als dessen schönste Zier den Parteibüffel als ausgestopfte Reliquie im Glaskasten einverleiben kann.»[35]

In Zürich war man sich der entscheidenden Rolle der Katholiken in der Frage des Landesmuseums durchaus bewusst. Die Abstimmung vom 18. Dezember 1890 im Nationalrat hatte gezeigt, welche Macht die Konservativen in dieser Frage hatten. Über das Ausscheiden ihrer Stadt aus dem Rennen scheinen die meisten Luzerner nicht sonderlich betrübt gewesen zu sein. Um so mehr galt es jetzt für Zürich, mit aller Kraft in den ultramontanen Kreisen für die Limmatstadt als Museumssitz mobil zu machen. Dies geschah einerseits dadurch, dass die «Eidgenössische Kommission für Erhaltung» beschloss, ihre nächste Kommissionssitzung nach Freiburg zu verlegen, um so mit Python in Kontakt treten zu können. Interessanter war aber ein Vorstoss des Luzerners Heinrich Victor von Segesser, der Angst vorschlug, das für Zürich Nützliche mit dem für die katholische Gemeinde in Zürich Angenehmen zu verbinden. Konkret empfahl er Angst in einem Brief, sich für den Bau einer Kirche für die Diasporagemeinde in Zürich einzusetzen. Es fehlte an einem günstigen Grundstück und geeigneten Darlehen für die auf 20 000 Mitglieder angewachsene Gemeinde. Als Gegenleistung würden sich die Katholiken in Zürich bei ihren Glaubensbrüdern in der Innerschweiz für Zürich als Sitz des Landesmuseums einsetzen. Überhaupt würde dieses Zeichen des guten Willens in der Innerschweiz überaus gerne gesehen und in einer geeigneten Form auch rückvergütet.

> «Für mich steht nämlich fest, dass gegenüber der ariden Berner Manier eine feingefühlte Konzession Zürichs in diesem Moment auf die Urkantone, Wallis, Appenzell I. Rh. und auch Freiburg, das ja seinen Python nun unwiderruflich hat, einen bestimmenden ‹durchschlagenden› Erfolg ausüben würde.»[36]

Angst wies diesen Kuhhandel umgehend zurück und machte von Segesser klar, dass es sich ganz anders verhalte. Dass nämlich die Katholiken von sich aus zuerst etwas guten Willen beweisen sollten, bevor sie mit derartigen Forderungen an Zürich gelangten[37]. Kurz vor der Aprilsession der Räte griff ein sichtlich verzweifelter Angst aber ebendiesen Handel erneut auf und setzte sich mit einem katholischen Bekannten, dem Badener Hotelier Josef Borsinger[38], in Verbindung. Dieser sollte ihm die nötigen Kontakte zu einflussreichen katholischen Kreisen vermitteln. Angst seinerseits hatte mit dem Financier Fierz-Landis die Sache besprochen, und dieser hatte sich nicht abgeneigt gezeigt, über einen kleinen Umweg im Endeffekt seiner Heimatstadt etwas Gutes zu tun[39]. Die Stadtzürcher Katholiken waren hoch erfreut über die so plötzliche Erhörung ihrer Gebete. Immerhin stellten sie mittlerweile schon eine der grössten katholischen Kirchgemeinden der Schweiz dar[40]. Borsinger schrieb Angst am 27. März 1891:

> «Ich setzte die Herren Dr. Pestalozzi[41], von Orelli[42] und Kugler[43] in Kenntnis Ihrer Anerbieten. Dieselben wurden günstig aufgenommen und die Herren lassen sie Ihnen bestens verdanken. In Ihrem Sinne wurde bereits nach Chur geschrieben und der hochw. Bischof ersucht, seinen Einfluss auf Nationalrat Decurtins, mit welchem er persönlich befreundet ist, zu Gunsten Zürichs auszuüben. (...) Nächsten Montag findet im katholischen Gesellenhaus[44] eine Feierlichkeit zum Andenken an Windthorst statt. Decurtins wird eine Rede halten. Mein Schwager Kugler wird bei dieser Gelegenheit mit ihm Rücksprache nehmen.»[45]

Inwiefern sich dieser Handel auf die Wahl Zürichs ausgewirkt haben mag, ist schwierig abzuschätzen. Trotz aller Bemühungen scheiterte Zürich im April 1891 erneut am Nationalrat. Allerdings wurden diesmal nicht die Katholiken dafür verantwortlich gemacht. Viel eher wurde jetzt die «List der Gegner» angeprangert. Man war zumindest in Zürich überzeugt davon, dass Bern sich mit aller Kraft dafür einsetzte, dass National- und Ständerat nicht einig wurden. Denn, so die Theorie Heinrich Angsts, mit der Verhinderung eines Sitzentscheids, konnte Bern seinen Plan ungestört verwirklichen und sein Museum quasi stillschweigend zum Nationalmuseum machen.

«Eine andere Strömung ist aber offenbar in den leitenden Berner Kreisen Meister geworden. Seit der Bewerbung Berns las man von Zeit zu Zeit in den dortigen Blättern, dass Bern ein ‹Nationalmuseum› zu schaffen gedenke, welches auch der Entscheid der Bundesversammlung bezüglich des Sitzes sein möge. (...) wenn einstweilen kein Sitz bestimmt wird, so hat es auch keine Gefahr wegen der Vertheilung. Wir bauen rasch ein Museum, stellen unsere eigenen Sammlungen darin auf, verschmelzen sie mit den schon in Bern befindlichen des Bundes und sehen darauf dem weiteren Verlauf der Dinge ruhig entgegen. (...) Stimme Jeder, wie er wolle, aber glaube keiner, das Landesmuseum verhindern zu können, indem er beim nächsten Wahlgang ‹Bern› auf den Stimmzeddel schreibt, ohne Bern als Sitz zu wünschen. Die Nichteinigung der Räthe wäre in Wirklichkeit ein zustimmendes Votum, ein Wechsel auf 1893 [Fertigstellung von Berns Museum], den die Bundesversammlung an Bern ausstellt.»[46]

5.3. Der «Simplon-Kitt» oder wie der Ostschweiz eingeheizt wurde

Nach dem erneuten Scheitern Zürichs im Nationalrat im April 1891 blieb die Presse erstaunlich ruhig. Niemand schien eine Einigung der Räte ernsthaft erwartet zu haben. Die Zeitungen waren müde, alles war schon einmal gesagt, Anschuldigungen gemacht und Kuhhändel aufgedeckt worden. Der nimmermüde Heinrich Angst aber trumpfte als einziger mit einer ganz neuen Erklärung für Zürichs Scheitern auf. Immerhin muss bei ihm die Enttäuschung noch grösser gewesen sein, nachdem er sich für die Konservativen so stark engagiert hatte. Ausserdem liess er keine sich ihm bietende Gelegenheit aus, um gegen Bern mobil zu machen. Es sei, so schrieb er in der «Neuen Zürcher Zeitung», der «Simplon-Kitt», der die Orte an der neuen Simplonlinie so eng aneinanderschweisse, dass diese allesamt uneingeschränkt auf Berns Anweisungen hörten.

Angst stellte fest, bei der Sitzdebatte im April seien «Zentrum, Rechte und Linke, Föderalisten und Zentralisten auseinander gerissen und es stehen sich gegenüber Westschweizer und Ostschweizer, mit dem Unterschied, dass jene geschlossene und diese gebrochene Reihen aufweisen[47]».

«Das macht der Simplonkitt, dessen Rezept wir Zürcher von den Bernern erbeten sollten. Vor diesem neu geschaffenen Eisenbahninteresse mit dem Drehpunkt in Bern scheinen alle andern Erwägungen, politische und sachliche, in den Hintergrund zu treten. Die Rücksicht auf das eidg. Polytechnikum, für welches das Landesmuseum ein werthvoller Annex wäre; die Nachtheile der Zentralisation sämtlicher zukünftiger Bundesanstalten in Bern, die Gefahr einer anhaltenden Verstimmung grosser Be-

völkerungskreise über die Missachtung der eigenen Arbeit und die Ohnmacht der Bundesversammlung, Alles das zählt offenbar nicht mehr. Die direkten materiellen Vortheile der Gegenwart und die gehofften der Zukunft überwiegen in den sonst föderalistischen Simplonkantonen und arbeiten zu Gunsten Berns.»[48]

Es ist typisch für Angst und taktisch äusserst geschickt, dass er bereits von «sämtlichen zukünftigen Bundesanstalten» sprach, deren Realisierung noch alles andere als sicher war. Vor allem die Bundesrechtsschule, die er immer wieder bemühte, und die er aus verwaltungstechnischen Gründen Bern direkt aufdrängte, war ein riesengrosses Luftschloss, das im übrigen ja nie zustande gekommen war. Auch war gerade er bei der Elimination Basels, dessen «Verstimmung» sehr deutlich ausfiel, massgeblich beteiligt gewesen. Er schloss seinen Leitartikel «Das Schweizerische Landesmuseum und die Berner Eisenbahnpolitik», mit folgendem Plädoyer, in dem er die Berner mit der anstehenden Verstaatlichung der Eisenbahnen unter Druck setzte:

«Dieses überraschende Resultat der neuen schweizerischen Eisenbahnpolitik ist geeignet, selbst alte, überzeugte Freunde der Verstaatlichung stutzig zu machen. Unter Verstaatlichung verstehn wir nämlich nicht ‹Verbernung›, und mit der grossen Mehrheit der Eidgenossen sehen wir auch in Zukunft lieber die Mutter Helvetia als Hüterin des Schweizerschildes als den Mutz.»[49]

Nach der Sitzabstimmung im Dezember 1890 waren die katholisch-konservativen Kreise ins Gebet genommen worden. Jetzt schien man in Zürich entschlossen, die Ostschweiz zu bearbeiten. Dies mit Hilfe einer sogenannten Eisenbahnverschwörung, des «Simplon-Kitts».

«Die Osthälfte der Schweiz hat aber gewiss ein Interesse daran, dass nicht das Gesamtleben des Landes im Westen, in Bern sich konzentrieren und der Osten völlig zur Provinz herabgedrückt werde. (...) Lässt man Baselstadt und Baselland ausser Betracht, da deren sieben Vertreter in der Museumsfrage wohl kaum entschieden Stellung nehmen werden, so stehen 76 Vertreter der Zentral- und Ostschweiz den 64 Nationalräthen entgegen, welche, durch Eisenbahninteressen mit Bern verbunden, dessen Fahne blindlings folgen. (...) Es ist nun zweifellos, dass bei den bisherigen Abstimmungen eine Reihe Ostschweizer zu Bern gestanden sind, nicht aus Vorliebe für die Bundesstadt, sondern aus Abneigung gegen jedwede Zentralisation. Mögen diese Herren sich bis Dienstags vergegenwärtigen, dass sie mit ihrer Haltung das Gegentheil von dem befördern helfen, was sie selbst anstreben.»[50]

Die NZZ bemühte gar einen eben publizierten Briefwechsel zwischen dem Schaffhauser Georg Müller und seinem Bruder, dem Geschichtsschreiber Johann von Müller aus den Jahren 1789 bis 1799. In diesen Briefen beschwerte sich der Geschichtsschreiber des öfteren über die sich alles einverleibenden Berner.

> «Vor hundert Jahren waren die Führer Aristokraten, jetzt sind es Radikale; aber in diesem Punkt sind sie Ein Herz und Eine Seele. Wenn das politische Leben an einem Punkt zusammenströmt und zudem noch die spezifische Färbung dieses Punktes annimmt, da entstehen Gefahren ohne Ende. (...) Darum ist nicht eine Zentralisation der öffentlichen Anstalten, sondern vielmehr deren möglichste Vertheilung auf die verschiedenen Landestheile angezeigt.»[51]

Dass die Ostschweiz nicht geschlossen hinter Zürich stand, bewies einerseits die Antimuseums-Petition, welche immerhin zwei Vereine und sechzehn Private aus Schaffhausen unterschrieben hatten und andererseits ein Artikel im «Berner Tagblatt». Dieses druckte einen Vorschlag der «Ostschweiz» ab, der von den Zürcher Blättern, aus verständlichen Gründen, verschwiegen wurde.

> «Die ‹Ostschweiz› fordert für den Fall, dass der Nationalrath an Bern als Landesmuseumssitz festhält, die Regierung und den Stadtrath von Zürich auf, die Initiative zu ergreifen für eine Konferenz von Delegirten jener Kantonsregierungen und Stadtbehörden der Schweiz, auf deren Territorien sich historische Museen befinden, zum Zwecke einer gemeinsamen Eingabe an den Bund, er möge die von ihm erworbenen Alterthümer auf die verschiedenen Museen der Schweiz vertheilen.» [52]

Diese Idee war aus einem Grund für Zürich völlig untauglich: Die Limmatstadt wies kein echtes, öffentliches, historisches Museum auf und würde im Fall einer solchen Lösung wohl ziemlich leer ausgehen.

5.4. Der Bern-Zürcherische Eisenbahnhandel

Im Vorfeld der Sommersession 1891, im Verlauf derer Zürich zum Sitz des Landesmuseums bestimmt werden sollte, begann in den Rängen Berns die Suche nach Stimmen für Zürich. Eine eigentlich etwas seltsame Geschichte, nachdem immer wieder vorgerechnet worden war, wie einfach Zürich ein Stimmenmehr zustande bringen könne. Selbst ohne die Stimmen der Westschweiz und des verärgerten, sich querstellenden Basels. Das Buhlen der Zürcher bei Berns Abgeordneten und deren teilweises Einlenken machten die übrige Schweiz, allen

voran Basel, mehr als nur stutzig. Die «Schweizer Allgemeine Zeitung» brachte die Vermutung eines grossen Schachers zwischen Zürich und Bern auf, in deren Zentrum der Rückkauf der Zentralbahn-Aktien stehe. Für die Presse war das ein gefundenes Fressen, denn «das Volk hasst den Schacher[53]».

Neben dem Sitzentscheid für das Landesmuseum stand im Jubeljahr der Eidgenossenschaft auch die Verstaatlichung der Bahnen zur Debatte. Ein Schritt, der eigentlich schon überfällig war, denn immer mehr zeichnete es sich ab, dass die privaten Eisenbahngesellschaften mit dem gigantischen Kapitalbedarf für den Streckenbau überfordert waren. Dazu kam, dass sich die Kantone und der Bund stark an den Projekten beteiligten, indem sie massenhaft Aktien zeichneten. Die Aktionäre der gutgehenden Bahnen waren von der Verstaatlichung verständlicherweise nicht gerade angetan. In Zürich erwuchs dem Vorstoss, vor allem aus Kreisen um die einflussreiche Nordostbahn, der Bahn Zürichs, energischer Widerstand. In Bern hingegen liebäugelte man mit der Verwaltung der Bundesbahnen, die wohl in die Bundeshauptstadt zu liegen käme. Ein entsprechendes Verstaatlichungsgesetz wurde per Referendumsabstimmung vorderhand verhindert. Erst 1898, im Eröffnungsjahr des Landesmuseums, wurden die Bahnen, diesmal mit überwältigendem Mehr, verstaatlicht.

Der Eisenbahnbau[54]

Die erste Eisenbahnstrecke der Schweiz war bekanntlich die Spanisch-Brötli-Bahn zwischen Zürich und Baden, welche 1847 ihren Betrieb aufnahm. Die Nordbahn, wie sie auch genannt wurde, war das, was von der Basel–Zürich-Eisenbahngesellschaft übrig geblieben war, die 1841 liquidiert worden war. Diese Gesellschaft hatte das ehrgeizige Ziel gehabt, Zürich via Basel ans bestehende Eisenbahnnetz Deutschlands anzuschliessen. 1852 scheiterte ein erstes Eisenbahngesetz, das den staatlichen Bahnbau sichern sollte, im Parlament. Ganz entschieden gegen das Gesetz stemmte sich auch Zürich. Dies, weil man – nicht ganz zu Unrecht – fürchtete, vom Zentralbahnprojekt übergangen zu werden, da Zürich erst in einer zweiten Phase ans Netz Bern–Basel hätte angeschlossen werden sollen. An vorderster Front kämpfte Alfred Escher[55] gegen das Gesetz. In der Folge setzte der Eisenbahnbau mit ungeheurem Kraftaufwand ein und führte dazu, dass bereits 1862, also nur zehn Jahre später, sämtliche Städte der Schweiz per Bahn erreichbar waren. In Zürich ging 1853 die Nordostbahn-Gesellschaft (NOB) aus den beiden bestehenden Gesellschaften Nordbahn und Zürich–Bodenseebahn hervor. Ihr Direktor wurde Alfred Escher. Bereits drei Jahre später ging die Nordostbahn in Aargau ans Netz der Zentralbahn und hatte damit den erwünschten Zugang nach Frankreich und Deutschland. Obwohl sich Kanton und Gemeinden in zum Teil erheblichem Umfang an den Bahnen beteiligten, entstand durch ihren Bau ein nie dagewesener Finanzbedarf, den nur die grossen französischen

Karikatur auf Alfred Escher und die Gotthardbahn. Ihm zu Füssen, zerlumpt, die «Nationalbahn», neben ihm sein Lieblingskind, die «Nordostbahn». Über ihr hängt bereits das Damoklesschwert. Aus einer satirischen Zeitung zum Sechseläuten 1880.

Banken decken konnten. Um sich aus dieser Abhängigkeit zu lösen, gründete Alfred Escher 1856 die Kreditanstalt, deren ausschliesslicher Zweck die Finanzierung der NOB und später anderer Bahnen war.

Das Nationalbahndebakel

1875 wurde in Winterthur die Nationalbahn aus der Taufe gehoben, ein Projekt, das auf der Absicht gründete, die mittlerweile mächtige NOB zu konkurrenzieren. Sie sollte eine Verbindung von Konstanz über Winterthur an den Genfersee anbieten. Eigens für die Finanzierung der Bahn wurde die Kantonalbank als «Volksbank» geschaffen. Mit der Nationalbahn sollten Zürich und Bern absichtlich umfahren werden. (Bestehende Pläne, Zürich ins Netz einzubeziehen, scheiterten am Lobbying Eschers in den Räten von Stadt und Kanton.) Damit war das Todesurteil über die Nationalbahn bereits gesprochen. 1878 verfügte das Bundesgericht den Konkurs. Winterthur, das sich stark verschuldet hatte, stand am Rande des Ruins. Doch am meisten schmerzte die demokratischen Winterthurer die Tatsache, dass Eschers NOB die Nationalbahn nun praktisch für ein Butterbrot aufkaufen konnte. Die Nationalbahn war nämlich auch das Projekt der Demokraten gegen die «Herrenbahn» und deren «Herrenbank»

gewesen. Gemeint waren damit die «NOB» und die Kreditanstalt des liberalen Zürich. Die Verbitterung über das Nationalbahndebakel stand den Winterthurern auch 1891, im Jahr des Sitzentscheids, noch ins Gesicht geschrieben. Die letzte Rate aus den Garantieverpflichtungen aus diesem Projekt bezahlte die Stadt erst 1935.

Bereits am 20. April 1891 druckte das «Berner Tagblatt» eine kleine Notiz, die prädestiniert war, weite Kreise stutzig zu machen. Darin kritisierte das Blatt insbesondere seine untreuen Nationalräte, die in der Aprilsession gegen die Definitiverklärung der Wahl von Bern als Museumsstandort gestimmt hatten. Faktisch hätte dies das Ende des Landesmuseums-Projekts bedeutet, da damit die benötigte Übereinstimmung der Räte nie zustande gekommen wäre. Einmal mehr waren es die vergrämten Basler, die den Grund für die plötzliche Zürichfreundlichkeit dieser Berner zu kennen glaubten.

> «Die ‹Neue Zürcher Zeitung› dankt auf das Lebhafteste denjenigen Bernern, welche im Nationalrath gegen die Definitiverklärung des Museumsbeschlusses stimmten. Es nimmt sich zierlich aus, dieses Zürcher Kränzlein auf den Bernern ‹têtes carrées› wegen einer Haltung, die dem Interesse Berns zuwiderlief! Nach einer Korrespondenz der ‹Basl. Nachr.› dachten die betreffenden Berner, sie wollten den Zürchern das Museum opfern, um die eidg. Zentralbahnverwaltung (und den Sitz der eidg. Bahnverwaltung überhaupt) zu kriegen.»[56]

Interessant ist, dass sich Zürich tatsächlich um die Berner bemühen musste, da es nicht in der Lage war, genügend Stimmen zu mobilisieren. Dies, obwohl immer wieder akribisch vorgerechnet wurde, dass Zürich zusammen mit der Nordost- und der Innerschweiz 76 von insgesamt 140 Stimmen im Nationalrat besitze[57]. Einige Zeitungen meldeten, dass «ein Theil der bernischen Abgeordneten in der Bundesversammlung auf den Sitz des Landesmuseums zu Gunsten Zürichs verzichten wolle[58].» Am 1. Juni ging die «Neue Zürcher Zeitung» in die Offensive und plazierte den Leitartikel «Kein Schacher um das Landesmuseum» auf seiner Frontseite. Darin wurde die Basler «Allgemeine Schweizer Zeitung» zitiert, welche sich auf eine Quelle aus Genf berufen hatte:

> «Von befreundeter Hand geht uns zu das Kursblatt eines Genfer Wechselagenten, und in diesem finden wir die folgende Aussage: ‹Hier haben sich die Eisenbahnwerthe wieder befestigt; es herrscht ein lebhaftes Begehren nach Bons der Simplonlinie zu 33 Fr. Man glaubt, der Ankauf von 50000 Zentralbahn-Aktien werde von den Räthen beschlossen, da wie man sagt, die Zürcher dem Projekte sich anschliessen, wenn Bern das Landesmuseum Zürich überlässt.›»[59]

Die «NZZ» dementierte dieses Gerücht aufs entschiedendste. Man wisse genau, dass sich die Zürcher Vertreter in der Frage der Eisenbahnverstaatlichung spalteten und zwar aus verschiedenen Gründen. Dies gelte sowohl für Liberale, wie Demokraten, aber in keinem Fall aus der Überlegung heraus, damit das Landesmuseum zu gewinnen. Zum Beweis wurde eine Versammlung angeführt, die jüngst stattgefunden hatte und deren Thema Zürichs gegenwärtige Stellung in der Landesmuseumsfrage war.

> «Durch alle Reden, die daselbst gehalten wurden, ging ein Ton, nämlich der, Zürich dürfe unter keinen Umständen das Museum sich durch einen Schacher erwerben. Wir wollen lieber kein Museum, als ein solches, das wir bloss unter Versprechungen für ganz andere Dinge erhalten müssten.»[60]

Die Entschiedenheit, mit der diesen Anschuldigungen begegnet wurde, war schon beinahe wieder verdächtig. Zumindest gemäss den von Durrer untersuchten Briefen war man einem Schacher ja nicht grundsätzlich abgeneigt, denkt man an den Handel mit den Zürcher Katholiken. Der «NZZ», als Macherin des Zürcher Saubermann-Images in der Landesmuseumsfrage, mögen solcherlei Anschuldigungen arg zugesetzt haben. Dazu kam, dass sich die «Neue Zürcher Zeitung» nur kurz zuvor im Zusammenhang mit dem Python-Handel zur eigentlichen Wortführerin der Entsetzten gemacht hatte. Ob sich ein solcher Eisenbahnhandel tatsächlich abgespielt hatte, wie dies die Basler zu wissen glaubten, ist schwierig nachzuweisen. Es ist aber interessant, dass sich Heinrich Angst, der am ehesten als Initiant eines solchen Schachers in Frage kam, genau zu diesem Zeitpunkt von seinem Sprachrohr, der «Neuen Zürcher Zeitung», distanzierte und ihr vorwarf, sie werde von der Kreditanstalt ferngesteuert[61]. Angst schrieb seinem Freund Jakob Kaiser, Archivar in Bern:

> «Hier hat sich eine Art Verschwörung gegen das Landesmuseum gebildet! Sie meinen vielleicht, ich spasse, allein die Sache ist durchaus ernst und ich bin aufs zuverlässigste von den Absichten der betreffenden Herren unterrichtet. Sie werden bemerkt haben, dass die ‹Neue Zürcher Zeitung› (die beiläufig gesagt, jetzt ganz ins Fahrwasser der Kreditanstalt eingelenkt hat) zweimal wiederholte, man werde in Zürich nicht untröstlich sein, wenn man das Landesmuseum nicht bekomme. Dadurch und auf Grund von Mitteilungen, die auf andern Wegen nach Bern gedrungen, soll der Eindruck hervorgebracht werden, in Zürich werde man die Sache leicht nehmen. Natürlich sind die Nordostbahn-Männer und Leiter der Kreditanstalt vom Gegenteil überzeugt und werden, nachdem Zürich im Nationalrat wieder unterlegen ist, alles tun, um den Unwillen zu schüren. Die

ganze Aktion gilt der Verstaatlichung. Die Nordostbähnler fürchten sich vor derselben und hoffen, durch Verwerfung des Centralbahnaktienankaufs die Verstaatlichung auf längere Zeit verhindern zu können, welche Rechnung nicht ganz unwahrscheinlich ist. Schöne Patrioten nicht wahr? Und diesen Leuten arbeiten die Berner Büffel in die Hände.»[62]

Angsts vielleicht etwas gesuchte Verschwörungstheorie wurde kurz darauf im demokratischen Winterthurer «Landboten» im Artikel «Eine seltsame Mähr macht in Zürich die Runde» praktisch wortwörtlich veröffentlicht, wie er sie in seinem Brief an Kaiser formuliert hatte[63]. Obwohl der Artikel ohne Namen erschien, war es naheliegend, dass er aus Angsts Feder stammte oder zumindest durch seine Anregung entstanden war. Von der «NZZ» fühlte sich Angst verraten. Zwar war er von seiner politischen Gesinnung her Demokrat, hatte aber bis zu diesem Zeitpunkt nie im «Landboten», dem offiziellen Organ der Demokraten, publiziert. Was in diesem mutmasslichen Handel den Bernern hätte angeboten werden können, waren so oder so vor allem die Zürcher Stimmen der Abgeordneten aus Winterthur und Umgebung. Diese hegten seit dem Debakel ihrer Nationalbahn einen regelrechten Hass auf die «NOB» und deren Interessenvertreter. Ein solcher Handel hätte aus der politischen Konstellation und den Interessen der Freunde einer Verstaatlichung bestimmt stattfinden können. Allein beweisen liess sich dies nicht. Dazu kam, dass ja gerade aus Winterthur einige Stimmen sich gegen das Landesmuseum in Zürich erhoben. Angst jedenfalls erwähnte diesen Kuhhandel in seiner Gründungsgeschichte mit keiner Silbe. Durrer belässt es kommentarlos beim Abdruck des oben zitierten Briefs. Beides spricht eher dafür, dass entsprechende Verhandlungen wirklich stattgefunden hatten.

Wie dem auch sei, vor der Wahl Zürichs bestätigten verschiedene Blätter, dass ein Teil der Berner bereit sei, für Zürich zu stimmen.

«Auch die Berner Blätter bestätigen die von einem Basler Blatt zuerst gebrachte Nachricht, dass ein Theil der bernischen Abgeordneten in der Bundesversammlung auf den Sitz des Landesmuseums zu Gunsten Zürichs verzichten wolle. Nach dem einen der betreffenden Blätter wäre Hr. Bundesrath Schenk der Vater dieses Gedankens. Andere Zeitungen nehmen an, der Verzicht erfolge, weil Bern Aussicht auf Entschädigung in anderer Form habe.»[64]

In der Abstimmung vom 18. Juni 1891 stimmte ein beeindruckender Teil der Berner für Zürich. Am Abend zuvor trafen sich die Berner Nationalräte, um über ihr Vorgehen zu beraten. Man wurde sich aber nicht einig. «Deshalb wer-

den sich leider in der heutigen Abstimmung im Nationalrath die Stimmen der Berner zersplittern», meldete ein enttäuschtes «Berner Tagblatt»[65]. Über die Motive derjenigen Berner, die für Zürich stimmten, kann nur spekuliert werden. Da Bern so oder so ein neues Museum baute, hätte es den Bernern ja nur recht sein können, wenn das eidgenössische Projekt vorerst Schiffbruch erlitten hätte. Und die eindringlichen Worte des Bundespräsidenten, im Jubeljahr ein Zeichen der Grösse zu setzen, waren nachweislich für Bern von kleiner Bedeutung, denn die Meinungen waren ja, gemäss Berner Zeitungen, bereits am Vorabend gemacht. Bei der Homogenität der Berner Nationalräte, mit einer Ausnahme alles radikale Politiker, lag ein Schacher nahe. Gepaart vielleicht mit dem guten Gefühl, im Jubeljahr dazu noch eine eidgenössische Tat begangen zu haben.

5.5 Die rein touristischen Interessen

In einem ersten Stadium des Streits, etwa bis Mitte 1889, traktierten sich Bern und Zürich gegenseitig mit der Behauptung, die gegnerische Stadt interessiere sich nur aus rein wirtschaftlichen Gründen für das Landesmuseum. Dass sich das Landesmuseum als wichtiger wirtschaftlicher Faktor auswirken könnte, scheint uns heute recht weit hergeholt. Im damaligen Klima des bürgerlichen Kultur- und Geschichtsverständnisses aber ging vom Landesmuseum durchaus eine grosse Anziehungskraft aus. So reisten Familien aus anderen Kantonen am Sonntag tatsächlich nach Zürich, um sich «das Erbe der Väter» zu Gemüte zu führen. Auch pilgerten Schulklassen aus der ganzen Schweiz in den eidgenössischen «Kulturtempel». Nüchtern betrachtet, schauten aber aus wirtschaftlicher Sicht auch vor hundert Jahren für den Museumsstandort kaum mehr als die Bahnkarte und ein Mittagessen in einem der umliegenden Gaststätten heraus. Ende des letzten Jahrhunderts war Zürich per Bahn von jeder anderen Stadt der Schweiz aus innert weniger Stunden zu erreichen. Selbst Tessiner hätten sich deshalb kaum gezwungen gesehen, für ihren Besuch im Museum eine Hotelnacht zu buchen. Der versprochene grosse Aufschwung im Fremdenverkehr war also in Wirklichkeit eine ziemliche Übertreibung. Sie entstammt der Zeit, als man alle nur erdenklichen Vorteile anpries, um den für damalige Zeiten doch beträchtlichen finanziellen Aufwand für die Erstellung eines solchen Gebäudes zu rechtfertigen.

Seinen Anfang nahm dieses Argument an der legendären Versammlung zum Thema Nationalmuseum des «Liberalen Vereins Zürich» vom 17. Dezember 1888. Dort machte vor allem Sekundarlehrer Jakob Heierli[66] kräftig Propaganda

für das ehrgeizige Projekt. Zugegen war praktisch das ganze Initiativkomitee. Hier wurde der günstige Einfluss auf die Fremdenindustrie erstmals explizit erwähnt. Der Vortrag Heierlis, in der «Züricher Post» abgedruckt, stiess der «Berner Zeitung» sauer auf. Das wiederum veranlasste die «Neue Zürcher Zeitung» zu einem Kommentar:

> «Das Berner Intelligenzblatt nimmt aus einem Referate der ‹Züricher Post› über die demokratische Versammlung im Hotel Central Anlass, zu behaupten, man wünsche in Zürich das Nationalmuseum nicht der Ehre wegen, sondern ‹vom Geschäftsstandpunkt› aus, ‹für die Fremdenindustrie›.»[67]

Mit neidischen Blicken schaute das Zürcher Initiativkomitee einige Monate später nach Bern. Im Februar 1889 verabschiedete die Stadt Bern einen stattlichen Kredit von einer Viertelmillion zum Bau eines Nationalmuseums auf dem Areal des Kirchenfeldes. Ein Redaktor der «Neuen Zürcher Zeitung» sah hier den willkommenen Anlass, den Bernern die Retourkutsche zu schicken:

> «In jener Berathung des bernischen Grossen Rathes fiel uns Eines unangenehm auf: das war die beinahe zynische Art und Weise, wie einige Redner die Frage des Nationalmuseums fast ausschliesslich von Standpunkte der Fremdenindustrie aus betrachteten. ‹Wir haben jetzt die Brünigbahn, und müssen jetzt das Nationalmuseum noch dazu haben, damit die Fremden, die das Oberland besuchen, um so eher zu uns nach Bern kommen›. (...) Bis jetzt wussten wir nicht, dass das Interesse der Gastwirthe im Berner Rathsaal den Ausschlag gebe. Wir waren des Glaubens, das Nationalmuseum werde in erster Linie für uns Schweizer geschaffen, es sei da, um die historischen Denkwürdigkeiten unseres Landes, ehrwürdige Alterthümer und gute Vorbilder früherer Kunstgewerbe für uns zu sammeln und zu erhalten.»[68]

Obwohl vom angeblichen Berner Verhalten brüskiert, scheute sich das Zürcher Initiativkomitee nicht, seine erste erklärende Broschüre «An Zürichs Bevölkerung zu Stadt und Land»[69] in Zusammenarbeit mit der Stadtzürcher Verkehrskommission zu verfassen. Die «Neue Zürcher Zeitung» sah sich zu einer argumentativen Spitzkehre veranlasst:

> «Wie in der Berathung im bernischen Grossen Rathe genügend hervorgehoben worden ist, werden die Verkehrsverhältnisse des zukünftigen Sitzes des Nationalmuseum durch dieses wichtige Institut stark beeinflusst werden: Grund genug für die Verkehrskommission, der Sache ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken.»[70]

Bereits im Januar hatte sich Bern öffentlich zur Feststellung bekannt, dass ein Nationalmuseum «einen mächtigen Anziehungspunkt bildet für Besucher von nah und fern, für Einheimische sowohl wie für Fremde»[71]. Und auch in Zürich hatte man, nach dem Outing seines Widersachers, plötzlich keine Probleme mehr mit den «niederen Interessen» der Fremdenindustrie. So meldete der Korrespondent der «NZZ» jetzt:

> «Die ökonomischen Vortheile reichhaltiger Sammlungen sind keineswegs gering zu schätzen, da denselben in unserem Zeitalter weitverbreiteter geschichtlicher Forschungen eine bedeutende Anziehungskraft für Einheimische und Fremde innewohnt.»[72]

5.6. Die Antimuseums-Petition

Basel hatte weder im Ständerat noch im Nationalrat eine reelle Chance auf den Sitz und schied bereits am 18. Dezember 1890 verbittert aus. Die Basler, die während des Kampfs nicht müde geworden waren, an den Gerechtigkeitssinn der Bundesgenossen zu appellieren, erwiesen sich aber als schlechte Verlierer. Nachdem man den eigentlichen Kampf um das Landesmuseum regelrecht verschlafen oder zumindest mit zu weichen Bandagen geführt hatte, formierte sich jetzt, als klar war, dass das Museum nicht nach Basel kommen würde, heftigster Widerstand gegen ein zentrales Nationalmuseum. Dieser Wandel vom Paulus zum Saulus ist insofern verständlich, als man mit der Restauration der Barfüsserkirche bereits begonnen hatte. Ein Museum würde also so oder so entstehen. Da es kein eidgenössisches sein würde, so eben ein kantonales, und dieses wollte finanziert werden, am liebsten mit Bundessubventionen. Deshalb setzte man jetzt, zusammen mit einigen halbherzigen Kräften aus Luzern, voll auf die Stärkung der kantonalen Sammlungen, anstelle der Schaffung eines nationalen Instituts. Man hatte sogar die leicht verwirrliche Idee, das Landesmuseum an sich zwar zu befürworten, es aber nicht an eine einzige Stadt zu vergeben. Vielmehr sollte es auf die vier streitenden Städte aufgeteilt werden. Dieses Gedankengut wurde in der sogenannten Antimuseums-Petition formuliert. Dahinter standen die beiden Staatsarchivare von Basel und Luzern, Rudolf Wackernagel und Theodor von Liebenau. Obwohl die «Petition» dem Projekt nicht wirklich gefährlich wurde, sorgte sie für einigen Aufruhr. Vor allem «der Fuchs an der Limmat»[73], der sich als Hauptopfer der Basler Gemeinheiten sah, reagierte entsprechend entrüstet.

Knapp zwei Wochen nach der bitteren Niederlage in den Räten, am 31. Dezember 1890, erschien in den «Basler Nachrichten» ein Korrespondenzbericht, der die neue Haltung Basels vorwegnahm.

> «Das Landesmuseum, so hübsch die Idee scheinen mag, widerspricht in erster Linie den gegebenen und wahrscheinlich noch eine zeitlang fortbestehenden Verhältnissen, da die Schweiz zunächst ein Föderativstaat ist, dessen einzelne Bestandtheile, jeder für sich, ihre besondere, historisch genau markirte Vergangenheit und Geschichte haben. (...) Die Idee, das Projekt eines Landesmuseums fallen zu lassen und dafür kantonale Museen unterstützen zu lassen, entspricht nicht allein der Billigkeit, sondern auch dem praktischen Bedürfnisse, indem der Bund mit seinen reichen Mitteln, je nach Gelegenheit und Bedürfnis, die kantonalen Sammlungen entsprechend ihrem Charakter wird ergänzen und bereichern können.»[74]

Mit einer Reihe von Artikeln in den «Basler Nachrichten», unter dem vielversprechenden Titel «Über den Werth eines Landesmuseums», ebnete Staatsarchivar Wackernagel[75] den Weg für die sogenannte Petition, die eigentlich gar keine war. Nach einer unglaubhaften Herabspielung des Verlusts für Basel und einer Schelte an die Adresse Zürichs stellte der Autor die Wünschbarkeit, die historischen Gegenstände der Schweiz «unter ein Dach zu bringen», ganz generell in Frage.

> «Basel ist von Anfang an nicht so begehrlich aufgetreten, wie Manche es gewünscht hätten; für Basel hingen die Trauben weder zu hoch noch zu tief, weil es eben nicht braucht nach Trauben auszugehen; aber der Fuchs an der Limmat wird zugeben müssen, dass für ihn die Trauben nicht reif genug sind, denn, wenn er auch auf alle Kisten steigt, so kann er sie vielleicht doch nicht erlangen. (...) wo liegt die Gewähr, dass die materiellen und idealen Früchte im Verhältnis zu den zu bringenden Opfern ausfallen werden? (...) Schon deshalb, weil uns [im Landesmuseum] die Dinge gleichzeitig, sozusagen encyklopädisch entgegentreten, können die eigentlichen Wissenschaften, deren Stärke auf strenger Spezialisierung beruht, nicht viel Positives dabei gewinnen.»[76]

Noch verzweifelter wurde es tags darauf, als der zweite Teil des Artikels erschien. Wackernagel holte zu einem absurden Rundumschlag aus, der, streng genommen, auch das Museum in der Barfüsserkirche in Frage stellte.

> «Wenn wir aus der Geschichte nichts erkleckliches für die Gegenwart zu gewinnen vermögen, um so weniger werden wir aus den Überlieferungen, auf welche sich jene stützt, etwas positiv Nützliches erhalten können. (...) Alte Kunstobjekte sind immer etwas Interessantes, wenn auch oft ihr gei-

stiger Inhalt sehr wenig bedeutet. Aber selbst das Studium der besten klassischen Werke, wenn es einseitig betrieben wird, kann auf den Kunstschüler verderblich wirken, wenn er nicht stark genug ist, die ihm unbewusst sich aufdringende Manier, welche das Kopiren mit sich bringt, zu bewältigen.»[77]

Der Artikel schloss mit einem gänzlich verklärten Plädoyer zur Förderung der gegenwärtigen Kunst, der Technik und einer neuen Schweiz, um «nach Hinwegräumung des mittelalterlichen Schuttes, die heimathliche Stätte auszubauen, wo ein moralisch und physisch gesundes Volk wohnen wird[78]».

Dieser radikale Gesinnungswandel wurde in der übrigen Schweiz mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Dabei blieb der «Nebelspalter» dem Basler Initianten nichts schuldig. Kurz nach Erscheinen der zwei erwähnten Artikel zerpflückte er Wackernagel nach allen Regeln der Kunst.

«Die Geheimpetition gegen das Landesmuseum[79]
zur Vertheilung an die Bundesversammlung per 1. April 1891 bestimmt.

Loquitur Dr. W.i.B.[80]: Jetzt habe ich schon, den wer weiss wie vielten Entwurf zu der Landesmuseumsgesetz-Abschaffungspetition gemacht. Besser geht es nicht mehr, der muss endlich zum Drucke. Meine Freunde, die auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege dem Bundesrath und der radikalen Bande in Bern eins ans Bein geben möchten, nach dem Sprüchwort: *«Man haut den Sack und meint den Esel»,'* werden sonst ungeduldig. Ich will das Opus aber nochmals lesen. (Liest):
«Confidentiell!» Ist confidentiell auch nothwendig? Doch! Wenn so ein perfider Zürcher oder ein Bernerkloben den Entwurf in die Hände kriegte, das wäre zum Kukuk holen. Also weiter.
«Es ist Ihnen bekannt, in welch' hohem Grade die Frage des Sitzes dieser eidgenössischen Anstalt allerorten die Gemüther erregt und wie eine eifrige, ja zum Theil erbitterte Diskussion dieser Frage in den öffentlichen Blättern stattgefunden hat.» Die erbitterte Diskussion ist allerdings hauptsächlich von mir selbst betrieben worden, allein das geht die Andern nichts an.
«Diese Erregung dauert noch immer fort.' Ist eigentlich auch nicht wahr; einzig bei uns wird weiter gemault. Von Zürich oder Bern hört man seit Monaten kein Wort mehr. Das ist verdächtig! Wenn nur die verflixten Zürcher nicht so ruhig wären; wir probirten hier doch alles Mögliche, sie sind aber absolut nicht auf den Leim zu führen.
«Die Frage hat durch keinen Bundesbeschluss ihre Erledigung gefunden.» Spiegelfechterei, nur für Simpel berechnet! Dass der Bundesbeschluss vom 27. Juni 1890 mit dem 3. Oktober in Kraft getreten ist, brauche ich meinen Brüdern vom «eidgenössischen Verein» nicht an die Nase zu binden, die können es selbst ausfindig machen, wenn es sie interessirt, *«sondern es stehen sich die zwei Schlussnahmen der Räthe gegenüber, welche*

mit solcher Bestimmtheit und so sehr unter Aufbietung aller Kräfte'» – Aufbietung aller Kräfte ist gut; das wird den Bernern und Freiburgern in die Nase stechen – *«gefasst worden sind, dass eine Ausgleichung der tiefgehenden Differenzen nicht zu erwarten ist!'»* Ist natürlich Blödsinn!
Wenn ich jetzt nur wüsste, wie ich hier den Rank finden könnte. Ich habe mir seit Jahren bei der Bewerbung um das Landesmuseum die Finger krumm geschrieben und die schönsten patriotischen Ergüsse losgelassen. Da ich in dieser Eingabe auf einmal das Gegentheil beweise, so kommen die schofeln Kerle in Bern und Zürich gewiss und behaupten, das sei eine gemeine Politik und geschehe bloss, weil die Bundesversammlung die Mittelalterliche Sammlung[81] nicht gleich zum Landesmuseum gemacht habe. Es ist sicher, dass die Zürcher und Berner ordinär genug sind, die Sache so auszulegen. Der folgende Satz gefällt mir nicht recht, ich muss ihn ganz langsam lesen. Einer meiner Kollegen soll bereits hinter meinem Rücken gesagt haben, mein Entwurf blamiere die ganze Petition, das ist aber eitel Eifersucht. *«Wir begrüssen aus voller Überzeugung die vom Bunde beschlossene Schaffung eines Landesmuseums, aber wir verwerfen ebenso entschieden den Gedanken eines einheitlichen und ausschliesslichen Sitzes dieser Anstalt.'»* Brillante Idee im Grunde genommen! Etwas kühn, die Bundesväter schlucken sie aber vielleicht doch. Es lebe das Landesmuseum, nieder mit dem Sitz. Wir vertheilen den Sitz! Theilen ist sonst nicht gerade die Liebhaberei meiner Parteigenossen, aber in diesem Falle ist ein Sitzchen immer noch besser, als gar kein Sitz. Wir setzen das Landesmuseum auf viele Sitze, das ist das Richtige! (Stürmt in die Druckerei.)»

Die «Nationalzeitung» ihrerseits war sichtlich bemüht, Wackernagels Ideen mit dem sozialen Frieden im Land zu rechtfertigen. Dieser schien des Sitzstreits wegen mittlerweile ernsthaft in Gefahr zu sein.

> «Die Animosität in dieser Frage hat einen solchen Grad erreicht, dass es ein grosser politischer Fehler wäre, die Missstimmung und Verbitterung durch Gründung eines Landesmuseums gleichsam in Permanenz zu erklären. Es ist schon genug Unzufriedenheit und Missmuth im Schweizervolke vorhanden, dass es – im Jahre der Bundesfeier – nicht nöthig ist, noch mehr Zündstoff anzuhäufen.»[82]

Am 1. April erhielten die Mitglieder der Bundesversammlung Post aus Basel; die sogenannte Antimuseums-Petition[83], begleitet von einem Brief von Theodor von Liebenau[84], Staatsarchivar in Luzern. In der «Petition» wurde kühn zurückbuchstabiert und vor allem die Aufteilung des Landesmuseums auf mehrere Städte propagiert. Im Klartext forderten die Autoren die Beibehaltung des Status Quo, unter Verstärkung des finanziellen Engagements des Bundes zugunsten der kantonalen Sammlungen. Alle kantonalen Museen, vom Bund kräftig unterstützt, sollten sodann zusammen das «Landesmuseum» bilden.

«Der Bund hat schon bis jetzt Grosses und Erfreuliches in dieser Beziehung geleistet, und die Ergebnisse dieser Thätigkeit sind da und dort im Lande aufgestellt, wohin gerade die historische Beziehung des betreffenden Gegenstandes ihn verwiesen hat. (...) Die Erwerbungen des Bundes sollen den zahlreichen historischen Sammlungen unseres Landes erhöhten Glanz und gesteigerten Werth verleihen (...) so dass in dieser Weise ausgestattet und sorglich behütet ringsumher im Lande einzelne abgeschlossene Bilder aus dem Leben der Vorzeit in aller Treue und Schönheit uns vor Augen stehen. Auf solche und ähnliche Art möge der Segen dieser Thätigkeit des Bundes sich über das gesammte Vaterland verbreiten und in diesen mannigfaltigen Äusserungen sich ein einheitliches, weil dem ganzen Lande gehörendes Landesmuseum aufbauen!»[85]

Auch fiel der Verfasser zurück in die längst tot geglaubte Litanei, das Nationalmuseum gefährde die Existenz der bestehenden kantonalen Institutionen:

«Das Bestehen eines derartig abgeschlossenen Museums würde die fernere Wirksamkeit und das Gedeihen sämmtlicher historischer Sammlungen der Schweiz untergraben. Denn es wäre keiner dieser Sammlungen möglich, der Konkurrenz einer solchen Centralanstalt zu begegnen. (...) Nicht Anspornung zu gesteigerter Thätigkeit, die doch wahrlich Noth thut, nicht Belebung und Förderung wäre die Folge eines Landesmuseums, sondern das Absterben blühender Institute und damit der Untergang eines allgemein rege gehaltenen historischen und vaterländischen Sinnes.»[86]

Die Eingabe schloss mit einer Formulierung, die in aller Deutlichkeit zeigte, dass die Motive hinter der Petition wohl eher Neid und Missgunst anstelle von echter Besorgnis waren:

«Auch in anderer Beziehung wäre eine derartige Centralisation von den nachteiligsten Folgen, darin nämlich, dass die aus den Mitteln des gesammten Landes erworbenen Schätze doch nur an einem einzigen Orte zu Geschichte und nur diesem zu gute kämen.»[87]

Unterzeichnet war die Petition, es erstaunt nicht, mehrheitlich von Vorständen und Mitgliedern historischer Sammlungen und antiquarischer Vereine. Es ist aus heutiger Sicht schwer zu beurteilen, welches Gewicht dieser Eingabe zugemessen werden soll. Heinrich Angst schrieb seinem Freund Jakob Kaiser in Bern, dass man die Anträge zur Aufhebung des Bundesbeschlusses in der Presse schlicht ignorieren solle, um nicht den Eindruck zu erwecken, über den Bundesbeschluss könne überhaupt noch diskutiert werden[88]. Mit diesem Ratschlag konnten die Zürcher Blätter wenig anfangen.

«Es war für die Herren in Basel und Luzern eben nicht leicht, einen Angriff auf eine Institution zu unternehmen, welche sie kurz vorher noch selbst warm befürwortet und worum die beiden Städte sich ebenfalls beworben haben. (...) Die Geschichte ist zu absurd, um im Ernste besprochen zu werden. (...) Um dieses Fiasko [der fehlenden Unterstützung der Petition] möglichst zu verdecken, wurden die Unterschriften von Privatleuten [aufgeführt], die zufälliger Weise Angestellte der betreffenden Anstalten sind, oder in dem Vereine eine Charge bekleiden.»[89]
«Von den über siebzig historisch-antiquarischen und Kunstgesellschaften und Museen der Schweiz finden wir bloss dreizehn auf der Petition, wovon drei von Basel und zwei von Luzern.»[90]

Für Zürich am schmerzlichsten waren natürlich die 43 Namen aus Winterthur, allen voran diejenige Albert Pfisters[91], des Direktors des Winterthurer Gewerbemuseums, und W. Sträulis, des Vizepräsidenten des Kunstvereins. Die «NZZ» rang sich den gezwungen-lapidaren Kommentar «Ignoramus!» ab[92]. Ansonsten beschränkte man sich in der «Neuen Zürcher Zeitung» darauf, die Unterschriften nach Möglichkeit als unbedeutend zu deklassieren und damit der Petition den Wind aus den Segeln zu nehmen: «Die Analyse der Unterschriften ist so weitaus unterhaltender als der Text der Eingabe, dass wir letzteren beinahe vergessen hätten[93].»

Wo stand Winterthur?

Spätestens seit der Antimuseums-Petition, die im April 1891 an die Mitglieder der Bundesversammlung privat versandt wurde, war es für die Zürcher augenfällig, dass in Winterthur weite Kreise offen gegen das Landesmuseum in der Limmatstadt opponierten. Die politischen Differenzen zwischen dem traditionell demokratischen Winterthur und dem liberalen Zürich waren wohl kaum der Grund für diese Unstimmigkeiten. Zu dieser Zeit unterschieden sich die beiden Parteirichtungen nicht grundsätzlich voneinander[94]. Viel eher war da eine tiefe Angst, von Zürich nun endgültig zur Provinz gestempelt zu werden, die so unbegründet auch wieder nicht war. Und dann war da noch die alte Geschichte mit der Nationalbahn. Wen wunderte es da, dass Winterthur in der Schlussphase des Museumsstreits seinen Traum von der grossen Schweizer Industrie- und Kulturstadt wieder auferstehen liess. Ausserdem wurde plötzlich behauptet, die Idee des schweizerischen Nationalmuseums sei in Winterthur geboren.

Der findige Pfarrer Seewer aus Winterthur brachte den Stein ins Rollen, als er am 3. September 1890 darauf hinwies, dass der «Landbote» bereits 15 Jahre zuvor einen Artikel mit dem Titel «Ein schweizerisches Nationalmuseum in Winterthur» publiziert hatte[95]. Der «Landbote» druckte nur drei Tage später den genannten Artikel erneut ab. Ein nicht näher genannter «Gelehrter vom Lande» plädierte darin für ein Nationalmuseum

in Winterthur, weil es die fortschrittlichste Stadt der Schweiz sei und deshalb der einzige Ort, wo ein solches Museum entstehen könne. «Allerdings müsste die volksthümliche Seite der Sache durchaus nicht übersehen werden. Die Nationalmuseen sind überall stark besucht und als Mittel zur Erhaltung nationalen Sinnes nicht zu unterschätzen»[96].
Dass man es in Winterthur mit einer speziellen Art von Zürchern zu tun hatte, beweist ein weiterer Artikel im «Landboten», der im Juni 1888 deutlich gegen Bern und Zürich als Sitz des Museums Stellung nimmt. «Nicht einer soll Alles haben und beanspruchen![97]» Der «Landbote» vertrat damals noch die Ansicht, Basel müsse berücksichtigt werden.
Als es 1891 aber hart auf hart ging, mögen sich die meisten Winterthurer wohl doch eher für Zürich als für Bern erwärmt haben. Am 13. Dezember 1890 erschien im «Landboten» der Artikel «Wohin gehört das Nationalmuseum? Haltet fest an Zürich![98]» Nationalrat Vogelsanger[99] schrieb Angst im Dezember 1890: «Es ist ja möglich, dass er (Nationalrat Albert Locher[100], Redaktor des «Landboten») keine Begeisterung hat für Zürich; stehen sich aber, was anzunehmen ist, schliesslich Bern und Zürich gegenüber, so wird er selbstverständlich für Zürich votieren, das auch, wie ich hoffe, siegen wird[101].» Zu demselben Schluss kam eine eingesandte Stellungnahme, die am 14. April, während der Frühlingssession 1891, abgedruckt wurde: «Die schliessliche Beantwortung der Frage, ob ein Landesmuseum in Bern einem solchen in Zürich vorzuziehen ist, wird keinem Winterthurer langes Kopfzerbrechen verursachen[102].»

Den schwersten Stand in der Presse hatte erwartungsgemäss der Autor der Petition. Dr. Rudolf Wackernagels Wandel vom eifrigen Befürworter eines nationalen Museums zu dessen erbittertstem Gegner wurde genüsslich zerpflückt:

«Ganz zuletzt unter den Baslern figuriert eine Unterschrift, die uns sofort anheimelte. Wir glaubten dieselbe unter einer frühern Eingabe an die Bundesversammlung, damals aber an weit hervorragenderer Stelle gesehen zu haben. Wirklich zeigte es sich, dass der gleiche Name mit noch drei andern unter der Bewerbung Basels von 1888 um den Sitz des Landesmuseums steht... Schade, dass der Verfasser derselben die viertägige Debatte im Ständerat im Dezember 1889 nicht mit angehört hat. Er hätte in diesem Falle einfach das Votum des verstorbenen Landamann Rusch zu Gunsten der Lokalmuseen stenographiren und drucken lassen können. Origineller als seine Petition wäre dasselbe gewesen und gescheidter auch.»[103]

Anhand der Antimuseums-Petition zeigt sich deutlich, wer im Streit um das neue Institut die besseren Karten hatte. Angst nämlich richtete am selben Tag, an dem die Petition den Mitgliedern der Bundesversammlung ins Haus flatterte, im Namen der «Eidgenössischen Kommission für Erhaltung», eine Eingabe an

die Bundesversammlung. Diese sollte der Forderung nach einem zentralen Landesmuseum noch einmal mit aller Deutlichkeit Nachdruck verleihen. Publik gemacht wurde die Eingabe, wie für Angst üblich, durch einen zweiteiligen Leitartikel in der «NZZ», mit dem Titel «Zu Gunsten des Landesmuseums»[104]. Die Eingabe der Kommission listete die sich im Besitz des Bundes befindlichen Gegenstände auf und wies auf deren desolaten Zustand hin, was die Pflege und Unterbringung dieser Schätze betreffe. Die Kommission hatte in den knapp fünf Jahren ihres Bestehens nicht weniger als 18'817 Sammlungsgegenstände im Wert von über einer halben Million Franken zusammengekauft. Bei diesem Sammlungseifer wundert man sich nicht, wenn die Mitglieder ein geeignetes Gebäude forderten. An prominentester Stelle figurierten nach wie vor die Zimmereinrichtungen, die nach Meinung Angsts geradezu nach einem neu zu erstellenden Gebäude schrien:

> «Alle Versuche, die genannten, an Ort und Stelle belassenen oder magazinirten, grösseren Objekte vorläufig einzeln in kantonalen Museen unterzubringen, sind gescheitert. Nirgends findet sich Platz dafür, nicht einmal in Basel, Bern oder Zürich.»[105]

Diese Eingabe, die, weil auf korrektem Weg eingereicht, die Antimuseums-Petition völlig in den Schatten stellte, stiess vor allem Basel sauer auf. In den Räten wurde auf die Antimuseums-Petition praktisch nicht eingegangen. Am 9. April wird die Sitzabstimmung wieder aufgenommen. Einmal mehr war eine Einigung unmöglich. Verstärkt wurde das ungute Gefühl der Basler durch die Tatsache, dass sich der Ständerat am 14. April erneut deutlich für Zürich aussprach und seinen Entscheid auf Antrag des Urners Gustav Muheim, einem Freund Angsts, für definitiv erklärte. Damit hatte Zürich eine grosse Hürde genommen. Denn fortan würde das Museum entweder an die Limmat kommen oder gänzlich scheitern. Gleichentags veröffentlichte deshalb die «Nationalzeitung» den verbitterten Artikel «Landesmuseum und kein Ende!». Darin kamen vor allem Zürich und mit ihm Heinrich Angst an die Kasse:

> «Die Schweizerische Kommission für Erhaltung vaterländischer Alterthümer hat kürzlich auf betreiben von Zürich her (das überhaupt in dieser Angelegenheit durch den bekannten Konsul und Antiquitätensammler Angst eine überaus zudringliche Propaganda entfaltet) diese Nothwendigkeit eines Zentralmuseums damit zu begründen gesucht, dass die vom Bund bereits angekauften Objekte in den kantonalen Museen keine Unterkunft fänden, also in einem eidg. Sammlungsgebäude plazirt werden müssten. Das ist eine tendenziöse Mache, welcher mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden muss. Bekanntlich werden Bern und Basel

Karikatur im «Nebelspalter» vom 4. April 1891. Text: «Würdiger Wunsch. Der ‹eidgenössische Verein› wünscht aus ‹eidgenössischen Gründen› nochmalige Wiederholung dieses erbaulichen Schauspiels in unseren Räthen.»

für ihre Alterthumssammlungen Raum in Hülle und Fülle schaffen (...) wenn die Vertreter in Bern auf die Stimmung im Volk Rücksicht nehmen wollten, hätten sie dem traurigen Spiel längst ein Ende gemacht und das Landesmuseumsprojekt zur ewigen Ruhe bestattet. (...) So schön und verlockend der Gedanke eines schweizerischen Landesmuseums sich am Anfang seines Entstehens präsentirte, so sehr häuften sich die schwersten Bedenken gegen die Schaffung einer solchen Anstalt, als man sehen musste, wie Eigennutz, Missgunst und uneidgenössische Rücksichtslosigkeit sich verdrängten und das schöne Bild verzerrten.»[106]

Nach der deutlichen Schlappe ihrer «Petition» sahen sich die Gegner des Landesmuseums durch die erneute Uneinigkeit der Räte bestätigt, ihre Bestrebungen fortzusetzen. Im Mai 1891, vor der alles entscheidenden Sommersession, in welcher Zürich endlich den Sitz gewinnen sollte, richteten sie deshalb erneut eine Eingabe an die Bundesversammlung, mit dem vielversprechenden Untertitel «Eine Präzisierung der Anti-Landesmuseums-Petition». Verantwortlich dafür zeichnete diesmal ein anderer eifriger Gegner des nationalen Museums. Es war dies der Bündner Nationalrat und Historiker Peter Conrad von Planta[107]. Wackernagel durch von Planta zu ersetzen war an sich ein geschickter Zug, denn die Unglaubhaftigkeit des Überläufers Wackernagel hatte der Petition ausgesprochen geschadet. Von Planta zählte seit dem Anfang der Diskus-

Die Unterzeichner der zweiten Antimuseums-Petition[109]

GE C. Bourdillon, Conseiller délégué du musée Genevois
FR Jean Gremaud, Historiker, Kantonsbibliothekar
SH Karl Henking, Stadtbibliothekar
ZG Heinrich Alois Keiser, Vorstand der Zuger Sektion des Historischen Vereins der V Orte
LU Theodor von Liebenau, Staatsarchivar
SO Konrad Meisterhans, Professor an der Kantonsschule
GR Peter Conrad von Planta, Präsident der Historisch-antiquarischen Gesellschaft des Kantons Graubünden
BS Karl Friedrich Stehlin, Mitglied der Kommission zum historischen Museum Basel
Rudolf Wackernagel, Staatsarchivar, Vorsteher der mittelalterlichen Sammlung
NE Maurice Tripet, Redaktor der «Archives héraldiques suisses», Préposé aux Archives Cantonales

sion um das Landesmuseum zu dessen konsequentesten Gegnern, und er hätte sich durch nichts und niemanden jemals umstimmen lassen. Zudem wurde die zweite Eingabe formal korrekt als effektive Petition eingereicht und wies bereits einen Gesetzesentwurf auf, der die Verteilung der Sammlung des Bundes auf die kantonalen Museen beinhaltete. Hauptpunkt dieser zweiten Eingabe bildete erneut die Idee, das Museum dezentralisiert zu verwirklichen.

> «Die Petition [vom April] war keineswegs gegen das Landesmuseum gerichtet, sondern befürwortete vielmehr ein solches; bloss verlangte sie, dass dasselbe eine den Verhältnissen unseres Landes angemessene Gestalt erhalte. Das Wesentliche an einem Museum ist nicht sein Gebäude, sondern die Sammlung. Darum ist es auch nicht nötig, dass das Landesmuseum sich ausschliesslich auf einen Ort concentrire. Vielmehr ist eine Verteilung desselben über das ganze Land unseren Verhältnissen allein entsprechend. (...) Sodann aber ist tatsächlich kein Anlass dazu vorhanden, in die allgemein rege Tätigkeit der Lokalmuseen mit dem Plan eines ganz neuen und fremden Instituts einzutreten und die so schöne Entwicklung zu stören.»[108]

Die «NZZ» unterliess es nicht, am 4. Juni 1891 mit einem neuen Argument Druck zu machen, nämlich, dass es im Jubeljahr zum 600jährigen Bestehen der Eidgenossenschaft doch möglich sein sollte, den peinlichen Streit beizulegen und eine angemessene Verwirklichung des Geplanten zu finden.

> «Zehn Unterzeichner der bekannten Antimuseums-Petition vom April d. J., die von den Eidgenössischen Räten so unbarmherzig unter den Tisch gewischt wurde, haben sich neuerdings mit einer ähnlichen Eingabe an die Bundesbehörde gewandt, die so ausgesprochen föderalistisch gehalten ist, dass man über die politische Tendenz derselben keinen Augenblick im Zweifel sein kann. (...) Es wird immer ‹eidgenössischer›, je näher wir der sechshundertjährigen Bundesfeier rücken.»[110]

Im übrigen äusserte sich die Presse praktisch nicht zum neusten Vorstoss der Landesmuseumsgegner. Die Meinungen schienen gemacht zu sein. Vielmehr jagten sich in der Presse jetzt die Gerüchte, dass im Nationalrat endlich eine Mehrheit für Zürich gefunden worden sei.

5.7. Die eidgenössische Rechtsschule und andere Luftschlösser

Mit zunehmender Verhärtung der Fronten im Landesmuseumsstreit intensivierte sich die Suche nach einer fairen Lösung, die allen sich bewerbenden Städten gerecht würde. Neben dem immer wieder auftauchenden Vorschlag, das Landesmuseum quasi in den bestehenden kantonalen Museen zu verwirklichen und den Vorstössen, das Museum zwischen Bern und Zürich oder Basel und Bern usw. aufzuteilen, hielt sich vor allem eine weitere Idee hartnäckig. Es war dies die Vorstellung, der Bund solle denjenigen Städten, die leer ausgingen, als Kompensation ein anderes, neu zu schaffendes, ähnlich prestigeträchtiges eidgenössisches Institut zuteilen. Dabei schlug Genf vor, dass ihr, da die Stadt in der Museumsangelegenheit ja völlig übergangen worden sei, wenigstens das Recht zugesprochen werde, ihre Schule der industriellen Künste zur eidgenössischen Akademie zu machen. Zur Diskussion standen eine eidgenössische Rechtsschule, die Bundesbank, eine Tierarzneischule, ein hygienisches Institut, das in die Welschschweiz zu liegen käme, und die sogenannte eidgenössische Milchversuchsanstalt. Die Ideen für diese Institute waren wohl in den Köpfen einiger eifriger Zentralisten schon lange vorhanden, auf dem politischen Parkett aber waren sie, mit Ausnahme der Bundesbank, blosse Luftschlösser und alles andere als spruchreif. Für Bern wirkte sich dies in bezug auf das Landesmuseum fatal aus. Denn in Zürich merkte man schnell, was die in Aussicht gestellte Schaffung einer eidgenössischen Rechtsschule für Bern bedeuten würde. Da sie als Ausbildungsstätte für Bundesbeamte gedacht war, musste sie fast zwingend in die Bundeshauptstadt. Darüber liessen die Zürcher Blätter keinen Zweifel aufkommen und bedauerten im gleichen Atemzug, dass es doch etwas viel verlangt sei, wenn Bern die Rechtsschule und das Landesmuseum einheimsen wolle.

Der Urheber der so gestifteten Unruhe und Unsicherheit war einmal mehr der eidgenössische Minister des Innern, Bundesrat Schenk. Als anfangs Januar 1889 der Bundesrat über die immer wieder geforderte Verknüpfung der Sitzfrage mit der Unterstützung bestehender kantonaler Anstalten, speziell der kantonalen Hochschulen, beriet, schlug Zentralist Schenk vor, statt diese zu unterstützen, solle der Bund lieber nach dem Vorbild des nationalen Museums eine ganze Reihe von Anstalten ins Leben rufen. Die «Neue Zürcher Zeitung» griff die Anregung dankbar auf:

> «Wenn also der Bund einen Theil des Art. 27, sagt man, in Ausführung bringen will, so beginne er doch mit der Gründung eigener Anstalten. Solche namhaft zu machen, ist man im Bundesrathshaus nicht verlegen. Man nennt die Errichtung einer eidgenössischen Thierarzneischule, eines hy-

gienischen Instituts, einer zentralen Milchversuchsanstalt, einer Rechtsschule, an der das Bundesrecht und alle die Gebiete gelehrt würden, in welchem zukünftige Bundesbeamte ihre Vorbildung finden könnten. Man könnte diese Anstalten in die verschiedensten Städte verlegen und so die Hungrigen und Durstigen auf einmal speisen.»[111]

In diesem Gedankenspiel sollte Bern natürlicherweise die Bundesrechtsschule, Zürich die Tierarzneischule, Genf das hygienische Institut und Luzern die Milchversuchsanstalt bekommen. Basel aber, so die «Neue Zürcher Zeitung», sollte das Landesmuseum bekommen. In Bern war man sich der Gefahr solcherlei Spekulationen sofort bewusst und konterte, es müsse unbedingt verhindert werden, dass Bern «der Aussicht auf das Nationalmuseum beraubt und auf eine eidgenössische Molkerei oder so etwas vertröstet werde[112].»

Im Dezember 1889 nahmen der Aargauer Ständerat Johannes Haberstich und sein St. Galler Amtskollege Karl Friedrich Good, bezeichnenderweise zwei

Bundesrath Schenk: „Nur ruhig, Kinderchen, ruhig. Es kriegt Jedes Etwas. Solcher Nippsachen haben wir ein ganzes Lager. Aber Alles in Liebe hübsch steigern, nicht nur nehmen, liebe Kleine."

Karikatur im «Nebelspalter» vom 26. Januar 1889. «Nur ruhig, Kinderchen, ruhig. Es kriegt Jedes Etwas. Solcher Nippsachen haben wir ein ganzes Lager. Alles in liebe hübsch steigern, nicht nur nehmen, liebe Kleine.»

Juristen, diese Idee auf. Als Minderheit des vorberatenden ständerätlichen Ausschusses traten sie gegen eine Museumsgründung ein und forderten stattdessen die Schaffung einer eidgenössischen Rechtsschule[113]. Sie begründeten ihren Vorstoss damit, dass die kantonalen Museen dem Landesmuseum nie und nimmer ihre Schätze abtreten würden. Ihr Antrag scheiterte. Ein halbes Jahr später, im Juni 1890, forderte die nationalrätliche Ausschussminderheit, dass die Museumsgründung mit der Schaffung von weiteren eidgenössischen Anstalten verknüpft werde, ganz im Sinn einer gerechten Verteilung derselben. Schenk, dem die Sache mittlerweile etwas über den Kopf gewachsen war, verurteilte den Antrag der Minderheit scharf:

> «Es ist parlamentarisch ungebräuchlich, in solcher Weise, wie die Ausschussminderheit es thun will, eine wichtige Angelegenheit an andere Gegenstände wörtlich ‹anzubinden›. Wenn Sie jetzt das Landesmuseum ‹festbinden›, so werden Ihre andern Angelegenheiten [Hochschulsubvention] nicht gefördert.»[114]

Daraufhin zog die Minderheit ihren Antrag zurück. Im Vorfeld der Wintersession 1890 legte sich der «Genevois» mächtig ins Zeug für Basel, die zweite grosse Grenzstadt. Basel solle das Landesmuseum erhalten. Die Basler «Nationalzeitung» widmete dem freundlichen Vorstoss ihrer welschen Brüder einen Artikel auf der Frontseite.

> «Mit Beziehung auf die Bestimmung des Sitzes des Schweizerischen Landesmuseums macht der ‹Genevois› auf einen neuen Gedanken aufmerksam. Er glaubt, dass Bern als Hauptstadt und Sitz der Bundesversammlung, Zürich mit seinem Polytechnikum, Lausanne mit dem Bundesgericht bereits genügend bedacht seien. Luzern geniesse beträchtliche Opfer der Eidgenossenschaft, der Kantone, Italiens und Deutschlands, die diese für den Bau der Gotthardbahn aufgebracht haben. Nur Genf und Basel habe bis jetzt noch nichts erhalten.»[115]

Ergo sollte Basel das Landesmuseum bekommen und Genf würde dafür seine «Schule der industriellen Künste» in eine eidgenössische «Akademie der schönen Künste» umwandeln dürfen. Einige Tage später wusste das katholisch-konservative Luzerner «Vaterland», dass Bern wohl besser führe, wenn es auf das Landesmuseum verzichte. Denn die Rechtsschule und das Landesmuseum an ein und demselben Ort zu realisieren, sei unzulässig.

> «Viele Berner sträuben sich dagegen, die schöne Alpenansicht von den Terrassen des Bundesrathhauses aus, durch das Massiv eines Museums auf dem Kirchenfeld verschwinden zu machen. Andere Kreise fragen sich

ernstlich, ob es nicht besser wäre, die Rechtsschule, die eher nach Bern passen würde, zu bekommen, als das Landesmuseum.»[116]

Den Bernern wurde zudem wohlwollend geraten, wenn es denn unbedingt auch noch ein Museum sein müsse, ein «schönes städtisches Museum» zu bauen. Kurz darauf schaltete sich Zürich wieder in die Diskussion ein und bot Bern an, grosszügig auf die Rechtsschule zu verzichten, falls Bern Zürich das Landesmuseum lasse. Dieser Entscheid müsse Bern ja um so leichter fallen, als es ja so oder so ein Museum für sich baue. Auf keinen Fall aber werde Zürich es zulassen, dass Bern beide neuen Institute bekomme.

«Unseres Erachtens gehört die Rechtsschule in die Bundesstadt, an den Sitz der eidgenössischen Verwaltung, des Parlaments, der eidgenössischen Zentralbibliothek. Man müsste es bedauern, wenn die Rechtsschule im Welschland errichtet würde. (...) Sollte Zürich das eidgenössische Landesmuseum bekommen, so hätte die Stadt Bern die grösste Aussicht auf die gedachte eidgenössische Schule.»[117]

Gleichzeitig wurde Bern jetzt auch noch unterstellt, sich nicht nur das Landesmuseum und die Rechtsschule, sondern auch die Tierarzneischule unter den Nagel reissen zu wollen. Dabei würde man in der übrigen Schweiz aber nicht im geringsten geneigt sein, durch die Vergabe von Instituten an Bern der totalen Zentralisation Vorschub zu leisten, die in jeder anderen Schweizer Stadt ebensogut errichtet werden könnten[118]. Die «NZZ» plädierte also mit anderen Worten dafür, dass Bern sich mit dem Luftschloss der Rechtsschule zufrieden gebe und das Landesmuseum Zürich überlasse. Als Zürich am 16. Dezember im Ständerat bravourös siegte, tröstete die «Neue Zürcher Zeitung» die enttäuschten Berner grosszügig, indem sie ihnen neben der Rechtsschule auch gleich noch die Bundesbank spendierte: «(...) wenn das Landesmuseum nach Zürich kommt, hat Bern einen festen Anspruch auf die eidgenössische Rechtsschule und die Bundesbank»[119]. Woher man dabei die Selbstverständlichkeit nahm, mit der grossen Schöpfkelle Institute zwischen Zürich und Bern aufzuteilen, ist nicht nachvollziehbar. Von Basel war nirgends mehr die Rede. Immerhin hatte man auch noch einige tröstende Worte für Luzern, dessen Unterstützung man künftig brauchen würde:

«Gegenüber Luzern hat die Stadt Zürich einen mächtigen Stein im Brett, weil sie dem Bunde ein prachtvolles, neues Gebäude auf schönem Platze anbietet. Hätte Luzern der Eidgenossenschaft ein gleich günstiges Anerbieten gemacht, dann würde es für Zürich schwieriger sein, mit der luzernischen Hauptstadt zu konkurriren.»[120]

Spätestens ab diesem Zeitpunkt entwickelte das Hirngespinst Rechtsschule eine gewisse Eigendynamik. Bern wurde von allen Seiten torpediert, weil es gewagt hatte, sich um den Sitz des Landesmuseums zu bewerben, wo es doch sowieso die Rechtsschule erhalte. Es scheint, als habe Zürich damit eine recht bequeme Waffe gegen den unliebsamen Konkurrenten gefunden. Denn Bern, das die Rechtsschule gar nie verlangt hatte, konnte sich gegen diese Argumente kaum wehren. Die demokratische «Züricher Post» schloss sich den Empörungen der «NZZ» zum Jahreswechsel an:

> «Diese Rechtsschule, die unsere Sympathien besitzt, gehört nach Bern oder Lausanne und noch eher nach Bern als nach Lausanne. Aber dass der gleichen Stadt neben dem Bundessitz das Landesmuseum und die Rechtsschule zugleich gegeben werden, halten wir nicht mehr für billig.»[121]

In Basel durchschaute man die Zürcher Stimmungsmache erst auf den zweiten Blick. Vorerst stimmte man freudig in den antibernischen Gesang ein und merkte nicht einmal, dass man dabei den listigen Zürcher Initianten auf den Leim gekrochen war und unfreiwillig für Zürich als Sitz des Landesmuseum Stimmung machte. Die «Basler Nachrichten» vermuteten zwar gewisse Ungereimtheiten, zogen aber die falschen Schlüsse.

> «Man braucht kein schlauer Politiker zu sein, um zwischen der einstweilen wieder begrabenen Landesmuseumsfrage und der plötzlich wieder erstandenen Idee einer Rechtsschule einen nicht zufälligen, sondern ursächlichen Zusammenhang zu vermuthen. Die Vermuthung wird auch wohl richtig sein. Natürlich: Wem ein süsser Bissen, nach dem es ihn gelüstet hat, entgangen ist, hat darum sein Gelüst nicht eingebüsst, im Gegentheil, er sehnt sich nach einem anderen, vielleicht noch besseren.»[122]

Erst einen knappen Monat später durchschaute Basel die Zürcher Taktik.

> «In aller Stille wird allerlei geschmiedet, um die Landesmuseumsfrage zu Gunsten Zürichs zur Entscheidung zu bringen. Es ist wohl kein Zufall, dass auf einmal wieder die eidg. Rechtsschule auf der Bildfläche erscheint, als offenbares Schmerzensgeld für Bern, sofern es das Landesmuseum an Zürich verlieren sollte. Auch werden sehr energische Versuche gemacht, die Jurassier gegen Bern aufzuwiegeln, um Zürich die nöthige Mehrheit zu verschaffen. Wir hoffen, dass alle diese Machinationen nicht verfangen werden.»[123]

Auch bei der Diskussion um weitere eidgenössische Institute ist schwer zu sagen, ob die Wiederbelebung dieser Luftschlösser und Wunschgebilde dem eiskalten Kalkül von cleveren Zürchern entsprang, um damit Bern zu schaden. Vermutlich nicht. Am Anfang stand wohl eher der ehrliche Wunsch zentralistisch-fortschrittlicher Kreise, neben dem nationalen Museum gleich noch eine Reihe weiterer eidgenössischer Institute ins Leben zu rufen. Wie so oft in diesem Streit hatte man in Zürich blitzschnell darauf reagiert und die Idee zu seinen Gunsten instrumentalisiert. Der propagierte Antibernreflex fiel, in einer Zeit, zu der die Bundesverwaltung in Bern immer stärker anwuchs, gesamtschweizerisch auf sehr fruchtbaren Boden. Für Bern bedeutete diese Diskussion auf jeden Fall das Ende seiner Museumsträume. Besonders perfid war die Situation deshalb, weil der Bundeshauptstadt in dieser Sache praktisch die Hände gebunden waren. Jede Richtigstellung in der Presse konnte von der gegnerischen Seite als Herabspielung der Tatsachen verdreht werden. Es blieb den Mutzen deshalb letztlich nichts anderes übrig, als die Faust im Sack zu machen.

Anmerkungen:

[1] PYTHON, Georges: 1856–1927, von Portalban, FR. Führer der Konservativen Partei in Freiburg. Ab 1881 Grossrat, Professor an der alten Rechtsschule. 1884–1893 Nationalrat, Ständerat 1896–1920. Gründer der Universität Freiburg.

[2] «LANDBOTE», Nr. 287, 6. Dezember 1890.

[3] Laut Durrer lief der Handel über den Berner Nationalrat Gobat und Pythons Freund, den Bündner Decurtins, Professor an der Universität Freiburg. Gobat soll Decurtins um den Handel angegangen haben, wobei dieser gerne vermittelte, da er damit das Landesmuseum vorerst verunmöglichen konnte. DURRER, Robert, S. 146. Alles ist noch viel schlimmer, weil Decurtins zuvor Zürich und Basel zugesichert haben soll, die katholischen Kräfte für die jeweilige Stadt zu mobilisieren. Entsprechend tief sitzt deshalb bei Angst die Enttäuschung über den Bündner. In einem Brief schreibt er an seinen Freund, Bundesarchivar Jakob Kaiser in Bern: «... allein, nach der Erfahrung mit Decurtins trau ich gewissen Versprechungen nie mehr ...» aus: DURRER, Robert, S. 152.

[4] CURTI, Theodor: 1848–1914. Zürcher Nationalrat 1881–1902. Medizinische und juristische Studien, Redaktor der St. Galler Zeitung 1871–1872, der Frankfurter Zeitung 1873–1879. Gründet 1879 mit Reinhold Rüegg die «Züricher Post». Mitglied des Grossen Stadtrats von Zürich und des zürcherischen Grossen Rats. Nationalrat 1881–1902. Demokratischer Politiker, ging oft mit den Katholiken und Sozialdemokraten zusammen.

[5] «ZÜRICHER POST», Nr. 300, 21. Dezember 1890.

[6] Ein typisches Beispiel für das halbherzige Luzerner Engagement in der Landesmuseumsfrage. Brief von Muheim an Angst, zitiert aus: DURRER, Robert, S. 142.

[7] NZZ, Nr. 357, Abendausgabe, 23. Dezember 1890.

[8] Bühler, Peter Theophil: 1841–1913, von Davos, GR. Nationalrat Graubünden 1890–1902, Mitglied des Grossen Rats 1873 und der Regierung ab 1875, Finanzdirektor, wirkte mit am Zustandekommen des kantonalen Eisenbahnnetzes 1897 und am Ausbau der Rätischen Bahn.

[9] NZZ, Nr. 357, Abendausgabe, 23. Dezember 1890.

[10] Brunner, Rudolf: 1827–1894, von Bern. Dr. iur., Fürsprecher, Grossrat 1866, Nationalrat ab 1866, Präsident Nationalrat von 1871–1872. Führer der Radikalen Partei im Kanton Bern, verdient um die Einführung des Referendums 1869, der Verfassung von 1893.

[11] NZZ, Nr. 357, Abendausgabe, 23. Dezember 1890.

[12] Dieses und folgendes Zitat: «Berner Tagblatt», Nr. 304, 23. Dezember 1890.

[13] Choquard, Joseph: von Pruntrut, BE. Berner Nationalrat 1890–1895 und ab 1901, Mitglied des Grossen Rats 1881–1895, konservativer Politiker, Industrieller, ab 1914 Regierungsstatthalter von Pruntrut.

[14] «Berner Volkszeitung», Nr. 5, 17. Januar 1891.

[15] «Basler Nachrichten», Nr. 349, 23. Dezember 1890. Dieser Artikel wird löblich erwähnt und zitiert in der NZZ, Nr. 360, 26. Dezember 1890.

[16] Übersetzt in: «Berner Tagblatt», Nr. 304, 23. Dezember 1890.

[17] NZZ, Nr. 363, 29. Dezember 1891.

[18] Durrer datierte die Wahl fälschlicherweise auf den 4. Dezember: Durrer, Robert, S. 145.

[19] Frey, Emil Johann Rudolf: 1838–1922, Baselland. Regierungsrat 1866–1872 (Erziehungsdirektor), Nationalrat ab 1872, 1882–1888 Gesandter der Schweiz in den USA. Ab 1888 Redaktor der «Nationalzeitung», Bundesrat 1890–1897, radikaler Politiker. Seine Wahl zum Bundesrat wird im Anzeiger von Uster heftig gefeiert. Siehe «Anzeiger von Uster» Nr. 101 vom 17. Dezember 1890.

[20] Kopp, Alois: 1827–1891, von Ebikon, LU. Katholisch-konservativer Nationalrat 1851–1859, Grossrat 1854, Oberrichter ab 1863, Regierungsrat ab 1870, Ständerat ab 1871, 1879 Bundesrichter. Konservativer Bundesratskandidat im Dezember 1990.

[21] Es dürfte sich um den einzigen konservativen Abgeordneten Berns, Herrn Joseph Choquard, handeln.

[22] Hammer, Johann Bernhard: 1822–1907, von Olten, SO. Verfassungsrat ab 1856 und Kantonsrat 1856–1868. Oberinstruktor der schweizerischen Artillerie ab 1861. 1875–1890 Bundesrat im Finanzdepartement, danach Nationalrat bis 1896. Präsident des Verwaltungsrats der Gotthardbahn.

[23] Zur Wahl stehen: Für die Radikalen: Oberst Frey, Baselland, Ständerat Munzinger, Solothurn; für das Zentrum: Prof. Dr. Speiser, Basel-Stadt; für die Katholisch-konservativen: Bundesrichter Dr. Alois Kopp, Luzern, Nationalrat Keel, St. Gallen, und der Urner Ständerat und Museumsapostel Gustav Muheim.

[24] «Schwyzer Zeitung», Nr. 98, 6. Dezember 1890.

[25] Keel, Joseph: 1837–1902, von St. Fiden, SG. Kantonsrat ab 1870 und Nationalrat ab 1875. Ab 1873 bis zu seinem Tod Präsident der Katholisch-konservativen Partei St. Gallen.

[26] «Schwyzer Zeitung», Nr. 100, 13. Dezember 1890.

[27] «Vaterland», Nr. 286, 12. Dezember 1890.

[28] «Bemühend war die Art und Weise, mit der sich einzelne Mitglieder der Bundesversammlung ihrer Aufgabe entledigten. Wie passt der Humbug, Namen wie Thierarzt Muff für die Wahl in den Bundesrath hinzuschreiben, zu dem Eide, den man in feierlicher Stunde ablegt?» So frägt richtig die «Allgemeine Schweizer Zeitung». Zitiert in: «VATERLAND», Nr. 288, 14. Dezember 1890.

[29] «LANDBOTE», Nr. 296, 17. Dezember 1890.

[30] «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 100, 13. Dezember 1890.

[31] «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 101, 17. Dezember 1890.

[32] ibd.

[33] Vermutlich handelt es sich dabei um Peter Conrad von Planta aus Chur, den prominentesten Bündner Gegner des Landesmuseums.

[34] Artikel übernommen aus dem «Vaterland», in: «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 101, 17. Dezember 1890.

[35] «BERNER TAGBLATT», Nr. 16, 20. Januar 1891. Zitiert aus dem «Religiösen Volksblatt».

[36] Brief von Segesser an Angst: Zitiert aus DURRER, Robert, S. 150.

[37] ibd.

[38] BORSINGER, Josef: Katholischer Führer, Betreiber des Hotels Verenenhof in Baden. Schwager von Johann Babtist Kugler-Borsinger.

[39] DURRER, Robert, S. 149.

[40] Der Anteil der katholischen Bevölkerung Zürichs steigt Ende des 19. Jahrhunderts sprunghaft an. Zählte die Gemeinde 1850 noch 10 Prozent der Wohnbevölkerung, sind es 1915 bereits 30 Prozent. 1910 hat die katholische Kirchgemeinde Zürichs nicht weniger als 60 000 Mitglieder und ist damit die grösste katholische Gemeinde der Schweiz. Die Gemeinde finanziert sich aus Spenden, nur der Landeskirche ist es erlaubt, sich aus Steuergeldern zu bedienen. Vgl. «GESCHICHTE DES KANTONS ZÜRICH», Bd. 3, S. 224–232.

[41] PESTALOZZI-PFYFFER, Emil: 1852–1929, von Zug. Dr. med., Vorsitzender des Schweizerischen katholischen Volksvereins, leitete mehrere schweizerische Pilgerzüge.

[42] ORELLI VON-VON REDING, Paul Karl Eduard: 1849–1927, von Zürich. Bankier in Zürich, katholischer Politiker, Vizekonsul der USA, Präsident der Bank in Zürich, Ritter des päpstlichen Gregorius-Ordens, Präsident des Theodosianums.

[43] KUGLER-SCHWEITZER, Theodor: Bankier in Zürich.

[44] Dieses hatten die Katholiken erst vor zwei Jahren einweihen können. Zum Verständnis der Rolle der Katholiken in Zürich hier ein Auszug aus dem Bericht über die Einweihung am 25. August 1889: «Der Hochwst. Hr. Bischof Leonhard von Basel schilderte nach einem Worte des Protestes gegen die böswillige Verdächtigung, als sollte das Gesellenfest von Zürich eine Art Kriegserklärung sein an unsere getrennten Brüder, das Gesellenhaus als eine Heimstätte, als eine Bildungsstätte und als eine Erholungsstätte für den Gesellen in der Fremde.» Aus: «SCHWYZER ZEITUNG», Nr. 69, 28. August 1889.

[45] Brief Borsingers an Angst. Zitiert aus: DURRER, Robert, S. 151.

[46] NZZ, Nr. 103, Abendausgabe, 13. April 1891.

[47] ibd.

[48] ibd.

[49] ibd.

[50] NZZ, Nr. 104, Morgenausgabe, 14. April 1891.

[51] NZZ, Nr. 104, Morgenausgabe, 14. April 1891.

[52] «Berner Tagblatt», Nr. 87, 14. April 1891.

[53] NZZ, Nr. 152, Morgenausgabe, 1. Juni 1891.

[54] Dieser kurze Abriss stützt sich auf: Fritzsche, Bruno und Lemmenmeier, Max, Der Eisenbahnbau, in: «Geschichte des Kantons Zürich», Bd. III, S. 109–114 und S. 160–164.

[55] Escher, Alfred: 1819–1882, von Zürich. Dr. iur., Mitglied des Grossen Rats, Regierungsrat, Nationalrat. Einflussreicher und geschickter Politiker und Gesandter in Bundesfragen. Wendet die 1854 ergebnislose Debatte zur Gründung einer eidgenössischen Universität zur Einrichtung des Polytechnikums in Zürich. Direktionspräsident der Nordbahn und der Zürich–Bodenseebahn, Kämpfer gegen eine Bahnverstaatlichung, Gründer der Kreditanstalt (zur Finanzierung der Bahnen), Kämpfer für die Gotthardbahn. Gotthardkrise 1875 und Nordostbahn-Krise 1876 zwangen ihn zum Rücktritt als Direktor der Bahnen.

[56] «Berner Tagblatt», Nr. 92, 20. April 1891.Vgl. «Schwyzer Zeitung», Nr. 43, 30. Mai 1891.

[57] NZZ, Nr. 104, Morgenausgabe, 14. April 1891. Gerechnet wird damit, dass die Kantone Bern, Solothurn, Freiburg, Neuenburg, Waadt, Genf und Wallis zusammen auf 64 Stimmen für Bern kommen. Nicht berücksichtigt sind hier die Basler und die schwarzen Schafe aus Winterthur und Luzern. Vgl. auch: «Aargauer Tagblatt» vom 20. April 1891, zitiert in der NZZ, Nr. 111, Morgenausgabe, 21. April 1891.

[58] «Basler Nachrichten», Nr. 142, 29. Mai 1891.

[59] NZZ, Nr. 152, Morgenausgabe, 1. Juni 1891.

[60] ibd.

[61] Die Kreditanstalt ist ja eng mit der Nordostbahn von Alfred Escher und später von Eisenbahnkönig Adolf Guyer-Zeller verbunden. Guyer-Zeller hat verständlicherweise wenig Freude an allfälligen Privatisierungsplänen, die seinen Einfluss und damit den jährlichen Gewinn seiner gutgehenden Bahn zu zerstören drohen.

[62] Brief von Angst an Kaiser, anfangs Mai 1891, zitiert aus: Durrer, Robert, S. 157–158.

[63] «Landbote», Nr. 134, Morgenausgabe, 11. Juni 1891.

[64] «Basler Nachrichten», Nr. 142, 29. Mai 1891.

[65] «Berner Tagblatt», Nr. 142, 18. Juni 1891.

[66] Heierli, Jakob: 1853–1912, von Gais, AR. Sekundarlehrer in Hottingen und ab 1882 Privatdozent an der Universität und am Polytechnikum. Archäologe, Dr. phil. h.c. der Universität Zürich 1901. Mitglied des Zürcher Initiativkomitees. Mitglied des liberalen Vereins in Zürich. (Brisanterweise ist seine Frau Julie, geb. Weber, Trachtenforscherin. Vgl. Trachtenumzug zur Einweihung des Landesmuseums 1898.)

[67] NZZ, Nr. 359, 24. Dezember 1888.

[68] NZZ, Nr. 32, Abendausgabe, 8. Februar 1889.

[69] Broschüre vom 20. Februar 1889: Staatsarchiv des Kantons Zürich, Db 180 und 181. Vgl. NZZ, Nr. 52, Morgenausgabe, 21. Februar 1889.

[70] NZZ, Nr. 45, Abendausgabe, 14. Februar 1889.

[71] «Bund», Nr. 26, 27. Januar 1889.

[72] NZZ, Nr.55, 24. Februar 1889.

[73] «Über den Werth des Landesmuseums I», «Basler Nachrichten», Nr. 63, 2. Beilage, 6. März 1891.

[74] «Basler Nachrichten», Nr. 356, 2. Beilage, 31. Dezember 1890.

[75] Wackernagel, Rudolf: 1855–1925, von Basel. Dr. theol., iur. und phil., Staatsarchivar in Basel 1877–1917 und Präsident des «Eidgenössischen Vereins Basel». Eingabe der Antimuseums-Petition 1891. Zuerst Hauptinitiant der Basler Nationalmuseumspläne, nach Basels Ausscheiden aus dem Streit eifriger Gegner eines Landesmuseums.

[76] «Über den Werth des Landesmuseums I», «Basler Nachrichten», Nr. 63, 2. Beilage, 6. März 1891.

[77] «Über den Werth des Landesmuseums II»,«Basler Nachrichten», Nr. 64, 2. Beilage, 7. März 1891.

[78] ibd.

[79] «Nebelspalter», Nr. 13, 28. März 1891. Antwort auf Wackernagels Artikelserie «Über den Werth des Landesmuseums», in: «Basler Nachrichten» Nr. 63 und 64, 6. und 7. März 1891. Die zitierten Stellen sind grösstenteils Originalzitate aus der Petition. Sie muss dem Nebelspalter also vorgelegen haben, bevor sie verschickt wurde.

[80] Dr. (Rudolf) Wackernagel in Basel.

[81] Wackernagel führt diese Sammlung.

[82] «Nationalzeitung», Nr. 76, 2. April 1891.

[83] Die Petition ist eigentlich gar keine. Es handelt sich in Wirklichkeit um den Entwurf für eine Petition. Formell hätte auf die Eingabe nämlich gar nicht eingetreten werden können, da diese nicht an die Bundesversammlung eingereicht, sondern deren Mitgliedern privat zugestellt wurde. Ihr Ziel mag deshalb auch eher darin bestanden haben, Verunsicherung zu schaffen und die Diskussion um rund drei Jahre zurückzudrehen.

[84] Liebenau von, Theodor Leopold: 1840–1914, von Luzern. Bekannter Historiker und ab 1871 Staatsarchivar in Luzern. Dr. phil. h.c. der Universität Bern, Ehrenmitglied der historischen Vereine von Aarau, Basel, Bern, Graubünden Uri und der Kunstgesellschaft von Luzern. Hauptinitiant der zweiten Eingabe zur Aufhebung des Bundesbeschlusses zur Schaffung eines Landesmuseums (2. Antimuseums–Petition).

[85] Antimuseums-Petition, abgedruckt in: «Basler Nachrichten», Nr. 87, 2. April 1891, vgl. «Berner Tagblatt», Nr. 78, 3. April 1891.

[86] ibd.

[87] ibd.

[88] Durrer, Robert, S. 153.

[89] «Züricher Post», Nr. 81, 8. April 1891. Vgl. dazu: In der Basler «Nationalzeitung» tönt es etwas anders: «Eine grosse Anzahl angesehener Bürger aus den verschiensten Landestheilen der Schweiz, sowie die Vorstände zahlreicher Gewerbemuseen, Kunstvereine, historisch–antiquarischer Vereine [etc.] richten an die Bundesversammlung eine Eingabe bezüglich des Landesmuseums.» «Nationalzeitung», Nr. 77, Morgenausgabe, 3. April 1891.

[90] NZZ, Nr. 97, Abendausgabe, 7. April 1891.

[91] Pfister, Albert: 1852–1925, von Winterthur. Architekt, Leiter des Gewerbemuseums Winterthur 1886–1920, Gründer der Metallarbeiterschule Winterthur, ab 1889 Direktor derselben. Gegner eines zentralen Landesmuseum. Unterzeichner der Antimuseums-Petition vom März 1891.

[92] NZZ, Nr.97, Abendausgabe, 7. April 1891.

[93] ibd.

[94] Der gemeinsame Feind heisst seit dem wirtschaftlichen Aufschwung Mitte der achtziger Jahre: Arbeiterbewegung. Vgl. FRITZSCHE, Bruno und LEMMENMEIER, Max, Auf dem Weg zu einer städtischen Industriegesellschaft 1870–1918, in: «Geschichte des Kantons Zürich», Bd. 3. 19. und 20. Jahrhundert, Zürich 1994, S. 230f.

[95] «LANDBOTE», Nr. 206, 3. September 1890. Original des besprochenen Textes in: «LANDBOTE», Nr. 127, 30. Mai 1875.

[96] «LANDBOTE», Nr. 209, 6. September 1890.

[97] Zitiert in: «VATERLAND», Nr. 126, 3. Juni 1888.

[98] «LANDBOTE», Nr. 293, 13. Dezember 1890.

[99] VOGELSANGER, Johann Jakob: 1849–1923 aus Beggingen, SH. Ab 1856 Gärtner in Zürich, Antragsteller auf Gründung einer Sozialistischen Partei in der Schweiz 1869. Publizist ab 1878. Nationalrat 1890–1905., Stadtrat von Zürich 1892–1919.

[100] LOCHER, Albert: 1849–1914, Pfarrer in Altikon, ZH. Daneben eifriger demokratischer Politiker und Publizist. Redaktor des «Andelfinger Volksblatts» und des «Landboten». Ab 1877 Pfarrer in Wülflingen, 1879 Kantonsrat, Nationalrat 1888–1893, Regierungsrat ab 1893, Ständerat ab 1905. Baumeister beim Bau des Landesmuseum in Zürich.

[101] Zitiert aus: DURRER, Robert, S. 142–143.

[102] «LANDBOTE», Nr. 86, Morgenausgabe, 14. April 1891.

[103] NZZ, Nr.97, Abendausgabe, 7. April 1891.

[104] Zu Gunsten des Landesmuseums: NZZ, Nr. 91, Abendausgabe, 1. April 1891 und Nr. 92, Abendausgabe, 2. April 1891.

[105] ibd.

[106] «NATIONALZEITUNG», Nr. 86, 14. April 1891

[107] PLANTA VON, Peter Conradin: 1815–1902, von Zuoz, GR. Mitglied des Kleinen Rats und später des Grossen Rats. 1856–1872 Ständerat, Verwaltungsrat der Vereinigten Schweizer Bahnen. Gründer des Rätischen Museums in Chur. Feuriger Gegner eines zentralen Nationalmuseums.

[108] AN DIE HOHE SCHWEIZERISCHE BUNDESVERSAMMLUNG. EINE PRÄZISIERUNG DER ANTI-LANDESMUSEUMS-PETITION, Chur 1891. Staatsarchiv des Kantons Zürich, I Ee 6.

[109] ibd.

[110] NZZ, Nr. 155, Abendausgabe, 4. Juni 1891.

[111] NZZ, Nr. 12, 12. Januar 1889.

[112] «BERNER TAGBLATT», Nr. 13, 14. Januar 1889.

[113] NZZ, Nr. 342, 8. Dezember 1889.

[114] NZZ, Nr. 161, Morgenausgabe, 10. Juni 1890. Vgl. «LANDBOTE», Nr. 134, 11. Juni 1890.

[115] «NATIONALZEITUNG», Nr. 276, 23. November 1890.

[116] «VATERLAND», Nr. 276, 29. November 1890. Der Artikel beruft sich auf einen Brief eines Berners, der erstmals in der NZZ veröffentlicht wurde.

[117] NZZ, Nr. 340, 6. Dezember 1890.

[118] ibd.

[119] NZZ, Nr. 352, Abendausgabe, 18. Dezember 1890.

[120] NZZ, Nr. 352, Abendausgabe, 18. Dezember 1890.

[121] «ZÜRICHER POST», Nr. 284, 3. Dezember 1890. Vgl. auch «ZÜRICHER POST», Nr. 2, 3. Januar 1891.

[122] «BASLER NACHRICHTEN», Nr. 70 , 2. Beilage, 13. März 1891.

[123] «NATIONALZEITUNG», Nr. 76, 2. April 1891.